Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (18.3.2010)

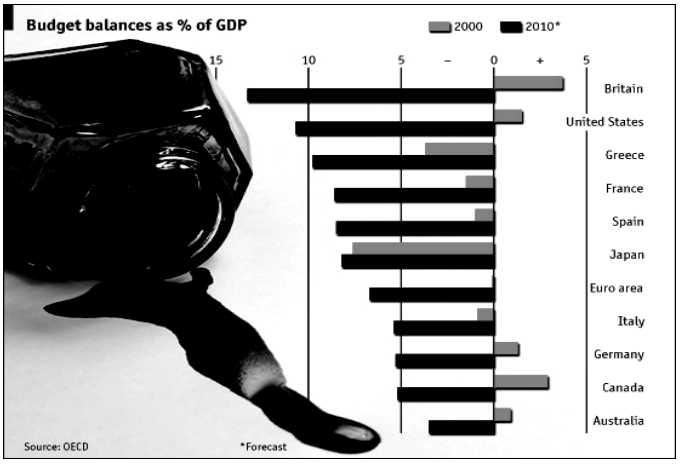
Sand im Getriebe 81

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Griechenland ist überall

Staatsbankrott ? Generalstreik!



Die Weltwirtschaftkrise tritt in ihre 2. Phase. Gerade das Ausmaß der bisherigen Finanz- und Wirtschaftskrise schafft durch die starke Zunahme der Staatsverschuldung die Vorraussetzungen für eine Neuauflage der **„Schockstrategie"** (Naomi Klein): Die unteren Einkommensbezieher sollen mit höheren Mehrwertsteuern, mit Kürzungen bei Sozialausgaben und Gemeinschaftsaufgaben für die hohen Zinseinnahmen der Banken und der Vermögenden zahlen. Verschuldete Staaten sollen obendrein ihr – übriggebliebenes – Tafelsilber verscherbeln. Das wird auf dem ideologischen Feld mit Pöbeleien des Vorsitzenden der Partei der ->

Griechenland ist überall	
Andreas Wehr: Griechenland ist überall	3
Elmar Altvater: Geschröpfte Schweine	6
Solidarität mit den Streikenden in Griechenland	7
Attac Frankreich und CADTM zu Islands „NEIN"	8
Attac Schweiz: Manifest für eine Steuerwende	9
Steuerpolitik, u.a. Finanztransaktionssteuer	9
PPP	
Was ist Public-Private-Partnership (PPP?)	10
Werner Rügemer : Public Private Partnership – Aufstieg eines gescheiterten Konzepts	12
Nicht mit uns!	
Artur Aschmoneit (ATTAC Düsseldorf) »Unmut und Empörung wachsen«	16
Wir zahlen nicht für eure Krise – Bundeskonferenz am 17.4. / Demonstrationsaufruf	17
Helga Schwitzer (IG Metall) zum internationalen Frauentag: Gleichberechtigung erkämpfen"	18
Attac Deutschland: Fakten zur Kinderarmut	19
Attac Österreich: Essen für Konzernprofite?	20
Gegen Kriege und Militärbasen	
Widerstand in Honduras	21
Via Campesina, Jubilee Sur, MST Brasilien und viele mehr: Keine ausländischen Militärbasen!	22
Eugen Drewermann: "Krieg dient niemals dem Frieden" - Rede am 20. Februar 2010 in Berlin	23
german foreign policy: Frauen in Afghanistan	26
DFG-VK und RIB e.V. gegen Rüstungsexporte	27
IPPNW fordert eine Atomwaffenkonvention	28
KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!	28

Besserverdienenden und mit chauvinistischer Hetze von Teilen der Presse (BILD: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen“) begleitet. Das Kapital schreit „Haltet den Dieb“ und wird immer parasitärer. Der Anteil des *„anstrengungslosen Einkommens“* der Kouponschneider steigt stetig, und zwar mittels Aneignung von noch mehr unbezahlter Arbeit – Luxuskonsum steht nicht in der Krise. Nicht die bitter notwendige Umgestaltung der realen Wirtschaft nach ökologischen Prinzipien **(KettenREaktion),** sondern die Finanzwirtschaft steht nach wie vor im Mittelpunkt der „sozialen“ Marktwirtschaft.

Elmar Altvater betont dazu, dass die Banken ein Interesse an hoher Verschuldung von Staaten haben, weil z.B. *„aus dem griechischen Nationaleinkommen ein steter Strom des Schuldendienstes an die KreditgeberInnen in den Zentren der Weltfinanzen abgezweigt werden kann“*. **Andreas Wehr** analysiert, wie sich das konkret in den internen und externen Widersprüchen um **Griechenland** darstellt. Innerhalb der EU spiegelt der Exportüberschuss Deutschlands (ermöglicht durch Hartz IV und die damit verbundene Senkung des Lohnniveaus) die Defizite Griechenlands, das sich aufgrund des Euros nicht mehr durch Abwertung der eigenen Währung wehren kann. Intern ist *„der griechische Kapitalismus so verfault und parasitär, wie er es in anderen Ländern auch ist.“* Zugleich handelt es sich allerdings auch um einen Konflikt in der falsch konstruierten Lissabon-EU.“ *Starke Länder wollen dabei schwache brechen. Ob ihnen das gelingt, wird von der Entwicklung der Klassenkämpfe in den bedrängten Ländern abhängen*“. Das zeigt sich gerade in **Island.** .Hier *“weigern sich zum ersten Mal die Bürger ganz konkret, für die enormen Risiken zu bezahlen, die von privaten Banken und Investoren mit dem einzigen Ziel einer Profitmaximierung des Kapitals eingegangen wurden“* stellt **ATTAC-Frankreich** fest.

Eine direkte Folge von Krise und Staatsverschuldung ist auch das Anschwellen von **PPP**-Initiativen (Öffentlich- Private – Partnerschaften). **Werner Rüggemer** untersucht diese ganz besonders heimtückische „zweite große Privatisierungswelle“. Da die Steuereinnahmen zurückgehen und Bund, Länder und Gemeinden klamm dastehen, soll durch PPP der Geldmangel der öffentlichen Hand überbrückt werden und gleichzeitig das Bedürfnis des spekulativen Kapitals nach einem steten Strom an Zinszahlungen befriedigt werden. **„***Konzernen und Banken [sichern sich] 30jährige Pfründe, während die öffentliche Hand zahlt und zahlt und zahlt.“* Die Finanzierungslast wird in die Zukunft verschoben, die Gesellschaft „verzichtet“ durch diese fast immer geheimen Verträge auf ihre Mitbestimmung und die klebrige Verschmelzung von Lobby und Politik führt dazu, dass die Politik nicht lenkt, sondern rudert.

Der Theologe **Eugen Drewermann** hat auf der viel beachteten Afghanistan-Demonstration in Berlin noch einmal darauf hingewiesen, dass selbst bei einem sehr klammen Staatshaushalt an Rüstungsausgaben nicht gespart wird: *„Die Wahrheit lautet heute, dass unter Obama alleine die Vereinigten Staaten von Amerika - mehr als noch Georg W. Bush - siebenhundert Milliarden Dollar ausgeben, nur für Rüstung. Dass wir in Deutschland hier fünfunddreißig Milliarden Euro verplempern nur für Rüstung. Wir haben scheinbar Geld für gar nichts, für Rüstung aber immer.“* - Auch für Atomwaffen (s. Protest von **IPPNW**) Wie lange noch? Die Generalstreiks in Griechenland und die vielfältigen Proteste in vielen Ländern (allein am 20.März in den USA gegen die US-Kriege, in Italien gegen die Wasserprivatisierung, in Stuttgart und Essen gegen die Folgen der Krise, …) sind nur die sichtbare Spitze des wachsenden Grolls in den Hütten – während in den Palästen Vorkehrungen geschaffen werden, um den Widerstand zu brechen – notfalls mit Waffengewalt (**Aufruf „Nein zu ausländischen Militärbasen“**). Die Menschen in **Honduras**, die sich gegen den Militärputsch und die unrechtmäßige Regierung auflehnen, brauchen unsere Solidarität und erwarten, dass diese Regierung von der EU *nicht* anerkannt wird. Der Aufruf zur Essener Demo „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 20.3. stellt die Verbindung zwischen Kapitalismus und Krieg her, wenn er ruft: *„Der Krieg ist ein Mittel der Profiteure, um neue Absatzmärkte zu erobern, Waffen zu verkaufen und um sich begrenzte Ressourcen zu sichern. Wir sind erklärte GegnerInnen des Krieges!!“*

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen:
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3€, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15€ für 6 Ausgaben. Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Andreas Wehr

Griechenland ist überall

Bei dem Gezeter um Hellas geht es vor allem um Machtfragen in der EU

Ist Griechenland, immerhin ein Mitglied der EU und der Euro Zone, ein »failed state«, ein gescheiterter Staat? Natürlich nicht. Droht ihm ein Staatsbankrott? Auch das nicht. Die griechischen Staatsschulden sind zwar hoch, in Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) liegen sie inzwischen bei 113 Prozent, doch noch stärker drücken die Schulden Italien mit 115 Prozent und Island, das in die EU und in die Euro-Zone drängt, mit 118 Prozent. Und in Belgien hatte der Schuldenstand 1993 schon einmal 140 Punkte erreicht, ohne dass der Bankrott erklärt werden musste. Außerhalb Europas gibt es sogar weit höhere Verschuldungen. So beträgt das Defizit Japans 189,6 Prozent des BIP.

Dass von einem anstehenden griechischen Staatsbankrott nicht die Rede sein kann, zeigte die erst am 26. Januar 2010 erfolgreich begebene Staatsanleihe von acht Milliarden Euro. Da gab es unter den Interessenten keine Zurückhaltung, ganz im Gegenteil: »Die Investoren hatten mehr als das Dreifache nachgefragt« (FAZ vom 29.1.10). Deshalb sieht man auch für eine geplante weitere Anleihe in Höhe von fünf Milliarden keine Schwierigkeiten. Anders ist da schon die Situation in Lettland. Dort mussten kürzlich Pläne für eine Staatsanleihe aufgeschoben werden. Doch Lettland liegt außerhalb der Euro-Zone, Griechenland in ihr. Gefährdet das Land nicht deshalb die gemeinsame Währung Euro? Sollte Griechenland nicht besser die Euro-Zone verlassen? Doch um den Euro herunterziehen zu können, fehlt dem Land schlicht das Gewicht. In absoluten Zahlen wird das deutlich. Das griechische Defizit von 406 Milliarden Dollar wird von dem Spaniens mit 695 und vor allem dem Italiens mit 2062 deutlich übertroffen. Und selbst wenn die Gesamtverschuldung der Euro-Zone durch wachsende Defizite Griechenlands minimal steigt, so bleibt ihre Verschuldungsdynamik insgesamt moderat. Für 2009 beträgt die Neuverschuldung rund sechs Prozent. Das ist zwar doppelt so hoch wie die vertraglich verlangten drei Prozent, aber 2009 war schließlich auch das bisher schlimmste Jahr der Krise, es wurden gigantische Bankenrettungspakete geschnürt und kostspielige Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht. Zugleich stagnierten oder sanken die Steuereinnahmen. Mit einer Gesamtneuverschuldung von sechs Prozent steht die Euro-Zone weltweit sogar noch gut da. Das Defizit der USA beläuft sich für 2010 hingegen auf zehn Prozent, und auch in Ländern wie Japan oder Großbritannien liegt es über der Euro-Zone. Für Panik gibt es also in Brüssel überhaupt keinen Anlass!

Aus www.linkezeitung.de

Politisches Kalkül

Weshalb also das ganze Gezeter um Hellas? Dahinter steckt politisches Kalkül. **Es geht um die Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit all seinen Auflagen und Sanktionen, koste es, was es wolle.** Vor allem jene, die diesen Pakt einst ersonnen hatten, also die deutschen Politiker und Banker, wollen ihn unbedingt erhalten. Es geht um Machtfragen in der EU. Das auch in der Krise währungspolitisch weitgehend stabile Kerneuropa, gruppiert um Deutschland, will die geschwächte europäische Peripherie, will Irland, Portugal, Spanien, Italien und eben Griechenland auf seinem Kurs halten. Deshalb wird Griechenland systematisch runtergeschrieben: »Das Menetekel Staatsbankrott erscheint inzwischen an der Anzeigetafel.«[1]

Griechenland eignet sich wie kein zweites Land für eine solche Strafaktion. Von Beginn an galt als es unerzogenes, ja als illegitimes Kind der Euro-Zone. Und eigentlich dürfte es ihr gar nicht angehören, hatte es doch schon bei seinem Beitritt 2001 ganz offensichtlich die Statistiken geschönt. Manipuliert hatte aber auch Italien. Nur mit diesem Gründungsland der Union traut man sich nicht so rücksichtslos umzuspringen. Ganz anders wird Griechenland angefaßt. Otmar Issing, der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank: »Aber kaum ein anderes Land hat auf der einen Seite über Jahre hinweg so große Vorteile aus der Währungsunion gezogen und auf der anderen Seite so sehr gegen die gemeinsamen Regeln verstoßen wie Griechenland.«[2] Da paßte es ins Bild, dass nach dem Regierungswechsel von Konservativen zu Sozialdemokraten in Athen im Oktober 2009 plötzlich ganz neue Zahlen über den wirklichen Schuldenstand des Landes bekannt wurden. Die abgewählten Konservativen hatten die Defizite herunter gerechnet, um noch einmal die Wahlen gewinnen zu können. Die neu ins Amt gekommene Regierung korrigierte am 21. Oktober 2009 die Angaben. Das Defizit für 2008 beträgt nun 7,7 und nicht 5,0 Prozent des BIP. Noch ärger fiel die Anhebung für 2009 aus: Es sind 12,5 statt 3,7 Prozent. Die Europäische Kommission schickte umgehend eine Kommission nach Athen, die die Arbeit der dortigen Statistikämter untersuchte. Der von ihr vorgelegte Bericht fiel verheerend aus.[3]

Tribunal der Heuchler

Die Empörung in den übrigen EU-Ländern ist seitdem grenzenlos. »Griechischer Schlendrian« und »Mißwirtschaft« sind noch die harmloseren Titulierungen. Lauthals werden Vettern- und Klientelwirtschaft, Steuerhinterziehung, Korruption und Verschwendung am Peloponnes angeprangert. Nun gibt es am Verhalten der herrschenden politischen Klasse Griechenlands nichts zu beschönigen. Es ist die Linke, die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und das linkssozialistische Parteienbündnis SYRIZA, die diese Zustände seit Jahren anprangert. So zahlen Begüterte kaum Steuern und wird die Quote hinterzogener Mehrwertsteuern auf 30 Prozent geschätzt. In der übrigen EU beträgt sie

dagegen nur (!) zwölf Prozent. Die gesamte Steuerhinterziehung wird für Griechenland mit 30 Milliarden Euro jährlich angegeben. Doch all das hat bisher kaum jemanden in Brüssel oder Berlin aufgeregt, so wenig wie etwa die Behandlung der Asylbewerber, die extrem niedrigen Löhne und so wenig wie das marode Bildungssystem, das die Studenten in den Aufruhr treibt.

Der griechische Kapitalismus ist so verfault und parasitär, wie er es in anderen Ländern auch ist. Man denke an die Manipulation der Justiz in Italien, um die dunklen Geschäfte Berlusconis, des reichsten Mannes des Landes, nicht ans Licht kommen zu lassen. Man denke an die Spesenskandale von Politikern aller Parteien in Großbritannien oder an den französischen Präsidenten Sarkozy, der sich mit den Mächtigen und Einflußreichen umgibt. Und auch die Zustände in Deutschland gleichen mehr und mehr griechischen. Vettern- und Klientelwirtschaft, Steuerhinterziehung und Korruption breiten sich auch hier immer weiter aus. 485 Milliarden Euro Schwarzgeld haben deutsche Reiche im Ausland versteckt, und kaum jemand interessiert sich dafür. Auch hier verrottet die Infrastruktur. Doch nein, auf der Anklagebank des von der Versammlung der Heuchler errichteten Tribunals hat nur der »statistische Serienlügner« (FTD vom 9.11.09) Griechenland Platz zu nehmen.

In der Euro-Falle

Dabei hätten deutsche Politik und deutsches Kapital genug Anlass, über ihre eigene Verantwortung nachzudenken. Heiner Flassbeck wies darauf hin, dass die griechische Krise auch etwas mit den Erfolgen des Exportweltmeisters Deutschland zu tun hat (FTD vom 16.12.09). Gewappnet mit Billigstlöhnen, begünstigt durch Sozialabbau und versorgt mit großzügigen Subventionen, konkurrieren deutsche Großunternehmen gnadenlos ihre europäischen Konkurrenten nieder. Der freie EU-Binnenmarkt öffnet ihnen dafür Tor und Tür. Und was des einen Überschuss ist, ist nun einmal des anderen Verlust. Griechenland, Spanien, und Portugal verlieren beständig an Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Leistungsbilanzen stehen tief im Minus. Würden sie noch über eigene Währungen verfügen, hätten sie längst abgewertet, um Exporte billiger und Importe teurer zu machen, so wie es Tschechien und Polen kürzlich taten. Doch als Mitglieder der Euro-Zone können sie das nicht mehr, sie stecken in der Falle. Neoliberale raten statt dessen zu einer »inneren Abwertung«, was bedeutet: Löhne und Preise runter.

Die Europäische Kommission verfolgt gegenüber Griechenland zwei Ziele: Erstens: Das Defizit soll vor allem durch Sozialabbau und Lohnkürzung gedrückt werden. Hier wird auf Irland als Vorbild verwiesen. Das irische Budget ist für 2010 um vier Milliarden Euro gekürzt worden. 2011 wird es noch einmal um diese Summe gedrückt. Die öffentlich Beschäftigten erhalten bereits 15 Prozent weniger Gehalt. Sozialleistungen wurden generell um vier, Leistungen für Kinder um zehn Prozent abgesenkt. Die sozialdemokratische Regierung in Athen hat sich bereits auf diesen Kurs begeben. Die Gehälter im öffentlichen Dienst oberhalb von 2000 Euro wurden eingefroren und Beihilfen generell um zehn Prozent gekürzt. Doch der entscheidende Schnitt steht noch aus: Das Renteneintrittsalter soll deutlich angehoben und die Renten gekürzt werden. Doch das wird nicht so einfach sein. Hier stößt die Regierung auf den Widerstand kampferprobter, kommunistisch geführter Gewerkschaften. Und anders als etwa ihre deutschen Kollegen konnten die schon mehr als einmal eine solche »Reform« erfolgreich abwehren. Der internationale, massive öffentliche Druck auf die neue griechische Regierung zielt denn auch darauf, den Sozialdemokraten bei diesem Sozialabbau den Rücken zu stärken.

Zweitens: Am Beispiel Griechenlands demonstriert die EU, wie man Staaten zu behandeln gedenkt, die sich nicht an die Vorgaben aus Brüssel halten. Die Regierung in Athen wird nicht nur, wie 19 weitere EU-Staaten auch, nach den Bestimmungen des Stabilitätspaktes mit einem Defizitverfahren überzogen. Nein, für Griechenland hat sich Kommissar Joaquín Almunia etwas Besonderes ausgedacht: »Die Regierung in Athen habe die im Frühjahr gemachten Vorgaben klar mißachtet, sagt Almunia. Das griechische Defizit soll daher verschärft werden. Griechenland wird 'in Verzug gesetzt'. Das ist theoretisch der letzte Schritt, bevor Sanktionen wie Geldbußen verhängt werden.« (FAZ-Net vom 10.11.2009) Und die FAZ zitiert den Kommissar sinngemäß: »Deshalb werde die Kommission eine engmaschige Haushaltsüberwachung in Gang setzen, wie es sie in dieser Strenge ›noch nie‹ gegeben habe.« (FAZ vom 2.2.2010) Am Mittwoch hat die Brüsseler Kommission konkrete Schritte angekündigt und will den griechischen Haushalt bis auf weiteres unter direkte EU-Kontrolle stellen.

Brüssels mächtige Verbündete

Das »in Verzug setzen« Griechenlands bedeutet, dass ein Land mit einem hohen Defizit schneller zur Dreiprozentmarke zurückkehren muss als eines mit einem moderaten Defizit. Während sich etwa Frankreich bis 2014 Zeit lassen will, um sein Defizit von gegenwärtig sieben auf drei Prozent zu drücken, wird von der Athener Regierung verlangt, dies in großen Schritten innerhalb kürzester Zeit zu tun. Von heute 12,7 Prozent hat man in nur drei Jahren, bis 2012, auf jene magischen drei Prozent zu kommen. Dieser Fahrplan wurde von Brüssel vorgegeben: »Die Ankündigung eines verschärften Sparkurses kam offenbar auf Druck der Europäischen Kommission zustande, die die von Athen schon vorher als ›Schock-Sparplan‹ titulierten Ambitionen inoffiziell als zu wenig ehrgeizig eingestuft hatte. (...) Das Ziel einer Reduktion des Defizits um vier Prozentpunkte des BIP übersteigt deutlich die Vorgaben, die die Brüsseler Kommission allen anderen EU-Staaten in laufenden Defizitverfahren gemacht hat. Die schärfste Sparvorgabe hat derzeit Irland mit jährlich zwei Prozentpunkten des BIP.« (FAZ vom 6.1.2010) Eine Kürzung um vier Prozent bereits im Jahr 2010, also während die griechische Wirtschaft in der Krise noch immer leicht schrumpft, ist aber das sicherste Mittel, um das Land endgültig auf Talfahrt zu schicken. Doch das interessiert ganz offensichtlich niemanden in Brüssel.

Nun weiß die Europäische Kommission sehr gut, dass sie ihren lauten Sanktionsdrohungen nur schwer Taten, sprich Strafen, folgen lassen kann. Defizitverfahren hat es schon viele in der EU gegeben, finanzielle Sanktionen wurden aber noch keine ausgesprochen. Andere Strafen, wie etwa die Kürzung der Regional- und Strukturhilfen, wie einige empfehlen, lassen sich noch viel weniger durchsetzen.[4] Und doch ist die Kommission damit noch lange nicht am Ende ihres Lateins angelangt. Bei der Disziplinierung des Landes setzt sie auf mächtige Verbündete: Dies sind die Finanzmärkte. Die spekulieren schon seit Monaten gegen Griechenland. Ihre Spekulation nährt sich von Vermutungen und Gerüchten über einen Staatsbankrott oder gar über ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone. Vor allem die Medien aus den USA und Großbritannien tun sich dabei hervor. »Die Finanzmärkte sind empfänglich für allerlei Gerüchte über angeblich bevorstehende Hilfsaktionen für die Griechen, auch die Diskussion über einen mögli-

chen Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion lässt sich nicht abstellen.« (FAZ vom 29.1.2010) Und wo es einmal an Gerüchten mangelt, da produzieren die »Märkte« flugs selbst welche. Etwa als die vom Economist, eines der Sprachrohre der »Märkte«, herausgegebene Zeitschrift European Voice meldete, dass es um Griechenland bereits so schlecht stehe, dass das Land um sofortige Hilfe bei den Regierungen in Paris und Berlin nachsuche. Kaum war dieses Gerücht ausgeräumt, tauchte die Meldung auf, Athen sei in seiner Not nun sogar in Peking vorstellig geworden. China dementierte sofort mit der süffisanten Bemerkung: »Ein Ökonom kann keine Diversifizierung von einer unsicheren Vermögensklasse (gemeint waren die USA, A.W.) auf eine noch viel weniger sichere Vermögensklasse befürworten.« (FTD vom 29.1.2010)

Abgepresstes Extrakapital

Man sieht, wem das Gerede vom bevorstehenden griechischen Staatsbankrott tatsächlich dient. Es schafft Verunsicherung und schürt Ängste. Anlagesuchendes Kapital wird damit vertrieben, denn Kapital ist ja bekanntlich scheu wie ein Reh. Um es zurückzulocken, bedarf es mehr Futter, was heißt mehr Zinsen, was heißt ein höherer Risikoaufschlag. Und so konnte der griechische Staat Ende Januar 2010 seine Staatsanleihe wohl ohne Probleme unterbringen, doch nur, weil er deutlich mehr zahlt als etwa der Bund für seine Anleihen. »Der Risikoaufschlag für griechische Staatsanleihen erreichte im Vergleich zu Bundesanleihen den höchsten Wert seit Einführung des Euro. Die Rendite zehnjähriger Anleihen stieg auf sieben Prozent.« (ebd.) Die Investoren nahmen dieses erspekulierte Geschenk gern in Empfang. Für das betroffene Land bedeutete es hingegen, gut 250 Millionen Dollar zusätzlich drauflegen zu müssen, die für Schulen, Krankenhäuser und Straßen fehlen. Vorbereitet wurde diese Abpressung von Extrakapital durch die Herabstufung der Bonität des Landes durch die drei führenden US-Ratingagenturen. Wie von Geisterhand geführt, kamen diese Knechte der »Märkte« zur selben Zeit zur Erkenntnis, daß Griechenland die bisherige gute Bonitätsnote nicht länger verdiene.

So sind die Finanzmärkte Brüssel behilflich, Griechenland in das Joch des Stabilitätspaktes zu zwingen. Es ist daher keineswegs abwegig, wenn es heißt: »Finanzmärkte retten EU-Stabilitätspakt« (FTD vom 6.10.2009). In einer anderen Ausgabe dieser Zeitung konnte man lesen: »Bleibt die Hoffnung auf den Markt. Wenn die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen steigen, wird das Schuldenmachen teurer und damit unattraktiver. Die anderen Euro-Staaten sollten diese Entwicklung zulassen und sie nicht durch unnötige Hilfszusagen konterkarieren.«[5]

Offenbarungseid für die EU

Nun ließe sich die Macht der Finanzmärkte mit Leichtigkeit brechen und die hohen Risikoaufschläge umgehend auf das Niveau der Bundesanleihen senken, stellten sich nur die übrigen Staaten der Euro-Zone hinter ihr angeschlagenes Mitglied. Dafür bräuchten sie lediglich klarzustellen, dass sie am Ende für die Schulden eines ihrer Mitglieder aufkommen. Dies wäre an sich eine Selbstverständlichkeit, ist man doch mit der gemeinsamen Währung Euro eine Schicksalsgemeinschaft eingegangen. Doch so ist die Wirtschafts- und Währungsunion genau nicht konstruiert. Zwar gibt es eine gemeinsame Währung, aber die Finanz- und Wirtschaftspolitik liegt weiter in der jeweiligen nationalen Zuständigkeit. Und damit die Finanzmärkte den spekulativen Druck auf ein einzelnes Mitgliedsland immer weiter erhöhen können, hat man in die europäischen Verträge ausdrücklich einen Haftungsausschluss hineingeschrieben.[6] Über den Sinn dieser Klausel heißt es in dem führenden Kommentar für EU-Recht: »Die Stellung der Mitgliedsstaaten auf den Finanzmärkten soll nicht durch Haftungs- oder Schuldübernahmen der Gemeinschaft verbessert werden. Die Kreditwürdigkeit soll vielmehr durch Haushaltsdisziplin bestimmt sein. (...) Die Verminderung der Kreditwürdigkeit soll vielmehr ›Anreiz‹ dafür bilden, eine exzessive Ausgabenpolitik zu vermeiden. Oder anders ausgedrückt: Der Ausschluss dieser Begünstigung auf den Finanzmärkten soll den Druck in Richtung disziplinierter Haushaltsführung steigern.«[7] Diese No-Bail-Klausel des Vertrags ist zentral für die Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie garantiert, dass die Euroländer keine solidarische Haftungsgemeinschaft oder gar eine Transferunion für in Not geratene Mitgliedsstaaten bilden können.

Geht es nach Issing, sollen Hilfen bestenfalls von außen kommen dürfen. Und solche Hilfen hätten für ihn dann einen Sinn, »wenn sie unter strikten sanktionsbewehrten Auflagen gewährt würden. Für diese Aufgabe kommt im Grunde nur der Internationale Währungsfonds (IWF) in Frage«. Dies wäre aber der Offenbarungseid der Europäischen Union: Für die Sanierung eines EU- und Euro-Zonenmitglieds wird nach dem von Washington gesteuerten Währungsfonds gerufen! Doch das ist, nach Issing, immer noch besser, als dass darüber in Brüssel entschieden wird, denn »das Argument, hier sei die ›europäische Solidarität‹ gefordert, enthält politischen Sprengstoff.«[8]

Der Konflikt um Griechenland ist ein gnadenloser Kampf imperialistischer Staaten um Märkte und Einflusszonen in der EU. Starke Länder wollen dabei schwache brechen. Ob ihnen das gelingt, wird von der Entwicklung der Klassenkämpfe in den bedrängten Ländern abhängen.

Fußnoten

1. Otmar Issing, Die Europäische Währungsunion am Scheideweg, in: FAZ vom 29.1.2010. Issing leitet heute das Center for Financial Studies in Frankfurt. Einer der Hauptträger dieses Centers ist die Deutsche Bank
2. Otmar Issing, a.a.O.
3. Vgl. European Commission – January 2010, Report on Greek Government Deficit and Debt Statistics, Brussels, 8.1.2010 (COM (2010) 1 final)
4. »Um Griechenlands Schmarotzertum zu unterbinden und den Rettungsfall erst gar nicht eintreten zu lassen, sind Sanktionen nötig. So wäre es theoretisch möglich, dem Land für eine gewisse Zeit Gelder aus dem EU-Strukturfonds zu verweigern.« In: Bestraft Griechenland! Financial Times Deutschland vom 2.12.2009
5. Bestraft Griechenland! a. a. O.
6. Vgl. Artikel 125 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (VAEU)
7. Jürgen Schwarze, EU – Kommentar S. 1192
8. Otmar Issing, a.a.O.

Andreas Wehr ist Mitarbeiter der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament und dort Koordinator im Ausschuß für Wirtschaft und Währung (ECON).

http://www.andreas-wehr.eu/bestraft-griechenland.html

Elmar Altvater
Geschröpfte Schweine

Halb Europa prügelt auf Griechenland und andere hochdefizitäre Staaten ein. Dabei können die Banken mit der Situation mehr als zufrieden sein.

Die Finanzkrise privater Banken ist zur Fiskalkrise souveräner Staaten geworden. Im europäischen Norden waren es die wild spekulierenden Banken, die die knapp 300.000 IsländerInnen fast in den Bankrott gerissen haben. Von den Spekulationsverlusten wurden sie vom Staat befreit. Nicht mehr die Banken, der Staat ist nun hoch verschuldet, und die Kosten sollen die BürgerInnen tragen. Sie haben es sich in einem Referendum verbitten.

Im europäischen Süden, in Griechenland, waren es nicht griechische Banken, sondern die Global Players aus Deutschland, den USA, Britannien und der Schweiz, die eine zunehmende Verschuldung des griechischen Staates finanziert haben. Goldman Sachs und andere aus der internationalen «banking community» waren behilflich dabei, dass dieser immer mehr Schulden machen konnte. Warum wohl? Weil der griechische Staat dafür sorgte, dass aus dem griechischen Nationaleinkommen ein steter Strom des Schuldendienstes an die KreditgeberInnen in den Zentren der Weltfinanzen abgezweigt werden kann.

Eine Nummer zu klein

Die Verschuldung von Staaten ist für die großen privaten Banken und ihren Tross aus Ratingagenturen, Beratern und Anwältinnen sehr lukrativ. Die Schuldtitel werden verbrieft, zu strukturierten Papieren gebündelt und auf globalen Märkten profitabel gehandelt. Die Ackermänner der globalen Finanzplätze vermelden Milliardengewinne. Und die normalen BürgerInnen fragen sich, woher der Geldsegen nach der verlustreichen Finanzkrise, die sie Hunderte von Milliarden Euro kostet, wohl stammen mag? Die Antwort ist: aus Griechenland, Dummerchen, wenn auch nicht nur aus Griechenland. Dazu wäre das Land mit gerade einmal 2,5 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts eine Nummer zu klein.

Doch gibt es noch andere Schweinchen, die man schlachten kann, nämlich die (in offiziöser Sprachregelung) PIGS genannten Mittelmeerstaaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien und einige andere mehr in der Welt. Ohne deren Verschuldung könnte das profitable Geschäftsmodell der Banken gar nicht florieren. Die Wertpapiere der einen verlangen die Verschuldung der anderen. Das ist einfache Saldenmechanik. Damit die Wertpapiere ihren Wert behalten, müssen allerdings die Schulden ordentlich bedient werden. Sonst werden sie toxisch. Daher kommt Panik ins «Börsenspiel der modernen Bankokratie» (so Karl Marx vor 150 Jahren), wenn am reibungslosen Schuldendienst gezweifelt wird, und manche Medien werden hysterisch wie das Münchener Magazin «Fokus», das Griechenland seit 2000 Jahren im Niedergang sieht. Das ist jedoch das Stichwort für die privaten Ratingagenturen. Sie reduzieren das Rating, und nun können die Bankster auf die Zinsen der Staatsschuld einen Risikozuschlag, den «spread», aufschlagen. Mit dem Risiko steigen die Gewinne der Banken. Umgekehrt wird die Last der Staatsschulden immer grösser.

Wie einst in Argentinien

Öffentliche Schulden sind also der Stoff, aus dem Bankprofite gemacht werden – solange die Staaten zahlen können. Für den Schuldendienst können Regierungen besser als private Schuldner sorgen, weil sie über das Steuermonopol verfügen und bei den öffentlichen Ausgaben kürzen können, am besten unter dem äußeren Druck der EU oder indem sie Auflagen des Internationalen Währungsfonds befolgen – zur Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst, bei den Sozialaufwendungen oder der Infrastruktur, und durch Absenkung der Masseneinkommen. Wenn es dagegen Widerstand gibt, können die Regierungen auf das Gewaltmonopol des Staats zurückgreifen und die Polizei einsetzen. Die Marktmechanismen der neoliberalen Lehre werden also repressiv exekutiert.

So ist es schon Hunderte Male in der jüngeren Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft geschehen. Warum sollte es in Griechenland 2010 so anders sein als etwa 2001 in Argentinien? Weil der Euroraum Kooperation verlangt? Dann hätte man 1992 die Maastricht-Regeln anders gestalten, zumindest hätte man die Sozial- und Einkommenspolitik koordinieren müssen. Hat man aber nicht, und so konnte es geschehen, dass 2008 allein Deutschland gegenüber den PIGS einen Außenhandelsüberschuss von 47 Milliarden Euro erzielt hat. Daraus und aus anderen Geschäften sind Forderungen deutscher Banken von fast 550 Milliarden Euro gegenüber den PIGS-Staaten entstanden, darunter allein 43 Milliarden gegenüber Griechenland. An den mediterranen PIGS verdienen deutsche Banken also gut.

Regeln, die ins Unglück führen

Auch die Schweizer Banken sind immer dabei. Sie bunkern 16,4 Milliarden Euro griechisches Schwarzgeld, das einen Teil des Staatsdefizits Griechenlands erklärt. So versuchen die Banken Verluste zu kompensieren, die sie bei den Abschreibungen von Forderungen gegenüber anderen Geschäftsbanken in der Finanzkrise haben realisieren müssen. Also keine Steine auf Griechenland, denn die gesamte «banking community» sitzt im Glashaus.

Das Geld, das den Banken aus öffentlichen Kassen und von der Europäischen Zentralbank billig zur Verfügung gestellt wird, nutzen sie, um jene Schuldverschreibungen zu kaufen, die die Staaten zur Finanzierung der immensen Kosten der Bankenrettung ausstellen müssen. Nun haben sie anstelle der entwerteten privaten wertvolle souveräne Schuldtitel in ihrem Portefeuille, mit denen sie gute Geschäfte machen können. Die Staaten, also letztlich die SteuerzahlerInnen, begleichen die teure Rechnung.
Es ist wie in einer griechischen Tragödie. Alle sind vom Schicksal, in diesem Fall von den Finanzmärkten, getrieben und müssen Regeln befolgen, die ins Unglück führen. Griechenland unter die Arme greifen? So etwas hat gerade noch in der deutsch-deutschen Währungsunion vom 1. Juli 1990 geklappt, weil ihr im Oktober des gleichen Jahres die staatliche Einigung folgte; das ermöglichte einen Finanzausgleich zwischen Westen und Osten. Im kurz danach gegründeten Maastricht-Europa hingegen ist zwar jedes Land auf alle anderen angewiesen und dennoch in der Krise auf sich allein gestellt. Das ist ein Konstruktionsfehler des «europäischen Hauses», der es zum Einsturz bringen kann. Mit dem Lissabon-Vertrag ist dieser Fehler im Dezember 2009 nicht korrigiert, sondem ratifiziert worden. Die Tragödie nimmt ihren Lauf.

http://www.woz.ch/artikel/2010/nr09/wirtschaft/19041.html

Elmar Altvater ist ein deutscher Politikwissenschaftler, Autor und emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU-Berlin. Des Weiteren ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac und er war im Jahr 2006 Vorsitzender des Ständigen Volkstribunals gegen europäische transnationale Unternehmen.

Delegation im Europäischen Parlament und Bundestagsabgeordneten der Linkspartei

Solidarität mit den Streikenden in Griechenland

Wir, Europa- und Wirtschaftspolitiker der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament, erklären aus Anlass des Generalstreiks in Griechenland unsere Solidarität mit den heute dort Streikenden!

Wir sind entsetzt über die beispiellose Kampagne gegen Griechenland. Die schwierige Lage des Landes wird genutzt, um Vorurteile zu aktivieren. Die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands werden als „statistische Serienlügner" diffamiert und der „liederlichen Politik" bezichtigt. Sie lebten angeblich in einem „Schlaraffenland", von dem es nun „Abschied" zu nehmen gelte. Doch nicht nur Griechenland ist im Visier der neoliberalen Medien und Politiker: Als "PIGS" (Schweine), zusammengesetzt aus den Anfangsbuchstaben der Länder, werden mit Griechenland auch Portugal, Italien und Spanien herabgesetzt. Diese Kampagne widerspricht grundlegenden Prinzipien europäischer Solidarität. Politiker und Journalisten, die sonst nicht müde werden, von einer „immer engeren Europäischen Union" zu schwadronieren, appellieren an niedrigste menschliche Instinkte und zerstören gegenseitiges Vertrauen, das für ein gutes Zusammenleben der europäischen Völker Voraussetzung ist. In der Krise werden vom Kapital Sündenböcke ausgesucht, gegen die sich der Zorn der in ganz Europa vom Sozialabbau Bedrohten richten soll. So soll antikapitalistische Kritik abgelenkt und wirkungslos gemacht werden.

Wir wissen um die schwierige Lage Griechenlands. Die Neuverschuldung des Landes ist mit 12,7 Prozent für 2009 hoch. Doch dies trifft auch auf andere Länder zu, etwa auf Großbritannien mit ebenfalls 12 und Spanien mit 10 Prozent. Zweistellig waren die Raten für 2009 auch für Japan und den USA. Überall reißen gigantische Geldgeschenke an die Banken, Konjunkturprogramme und rückläufige Steuereinnahmen riesige Löcher in die Haushaltsbudgets. Es ist perfide und zugleich ein Versagen der Politik, dass ausgerechnet jene Banken und Spekulanten, die erst gestern mit Staatshilfen vor dem sicheren Konkurs gerettet wurden, heute wieder Länder mit Zinsaufschlägen unter Druck setzen und gegen sie spekulieren dürfen. Die Solidarität mit Griechenland und den anderen Opfern dieser Machenschaften gebietet es, diesen Krisengewinnlern endlich das Handwerk zu legen.

Wir beobachten mit großer Sorge, dass die komplizierte Lage Griechenlands von den Finanzmärken, von der Europäischen Kommission und neoliberalen Regierungen in den Hauptstädten der EU ausgenutzt wird, um Sozialabbau durchzusetzen. Die Kampfkraft der griechischen Arbeiterbewegung soll jetzt entscheidend geschwächt werden, um Lohnkürzungen und die Anhebung des Renteneintrittsalters durchzusetzen. So genannte „Reformen", die wir in unserem Land nicht verhindern konnten, sollen nun den Griechinnen und Griechen aufgezwungen werden.

Wir erleben zugleich, dass über die enormen wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone nicht geredet wird. Tatsächlich steht Griechenland mit seinen Schwierigkeiten keineswegs allein dar. Auch Irland, Portugal, Spanien und Italien kämpfen mit überdurchschnittlichen Leistungsbilanzdefiziten. Auf der anderen Seite häufen die kerneuropäischen Länder, und hier vor allem der langjährige Exportweltmeister Deutschland, enorme Überschüsse an. Diese Ungleichgewichte müssen beseitigt werden. Notwendig ist eine abgestimmte europäische Makropolitik. Die Überschussländer müssen ihre Binnennachfrage deutlich stärken, zugleich haben die Unternehmen dort ihre aggressive Exportstrategie aufzugeben. Wir verurteilen das Nein der deutschen Bundesregierung gegenüber diesen Forderungen. Sie riskiert damit, dass die Eurozone unter den wachsenden Spannungen zerbricht.

Wir stellen uns mit unserer Unterstützung der griechischen Arbeiterbewegung in die Tradition der sozialistischen Solidarität. Wir wissen, dass ihr Kampf um ein erträgliches und menschenwürdiges Leben auch unser Kampf ist. Nur wenn sich die Lohnabhängigen in den verschiedenen europäischen Ländern nicht länger gegeneinander ausspielen lassen, kann es eine Wende hin zu einem anderen, besseren Europa geben.

Es unterzeichnen:
Mitglieder des Europäischen Parlaments, DIE LINKE und Mitglieder des Deutschen Bundestags, DIE LINKE

http://www.dielinke-europa.eu/nc/positionen_dokumente

---

http://www.widerspruch.ch/

Linkshinweise:
http://www.linkezeitung.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=8244&Itemid=1
http://www.syn.gr/en/profile.htm
http://www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/krise08internat.html

Attac Österreich fordert EU-Anleihe für Griechenland und koordinierte Steuerpolitik „Das Rekorddefizit Griechenlands ist neben der Wirtschaftskrise auch der EU-Steuersenkungspolitik geschuldet. Gerade in Griechenland werden Vermögende steuerlich besonders geschont. *„Wer in einer solchen Situation an allen Ecken und Enden öffentliche Ausgaben streicht und die Mehrwertsteuer erhöht, verschärft die sozialen Probleme und macht aus der Krise einen Dauerzustand. Die EU-Nachbarstaaten sollten lieber gemeinsam gegen Steuerflucht und laschen Steuervollzug vorgehen. Mit Recht protestiert die griechische Bevölkerung mit Streiks und Demonstrationen",* sagt Felber. „ Mehr: http://www.attac.at/8681.html

Attac Frankreich

Island: ”nein”, die Steuerpflichtigen müssen nicht bezahlen

7.3.2010
Die ersten Ergebnisse deuten eine massive Zurückweisung des Icesave-Gesetzes durch die Isländer an mit mehr als 95% der Stimmen, (gegenüber 1% Zustimmungen und 4% Enthaltungen). Dieses Gesetz hätte bedeutet, 3,8 Milliarden Euro oder 12.000 Euro pro isländischen Bürger an das Vereinigte Königreich und die Niederlande zu bezahlen. Damit weigern sich die isländischen Bürger, für die Fehler der Privatbanken und der verantwortungslosen Regierungen zu zahlen.

Die Online-Bank Icesave operierte im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden, wobei sie alle Risiken auf sich nahm und ihren Kunden phantastische Gewinne versprach. Als Opfer ihrer eigenen Finanztricks brach die Bank 2008 zusammen. Das Vereinigte Königreich und die Niederlande verlangen nun von Island die Rückzahlung der Summen, die sie bezahlt haben, um die geschädigten Kunden des Icesave-Bankrotts zu entschädigen. Sie behaupten, sich dabei auf das europäische Recht und die Garantie des isländischen Staates in letzter Instanz zu stützen, was die Isländer bestreiten.

Seit 2008, nach dem Zusammenbruch von Icesave, hat das Vereinigte Königreich auf anti-Terrorismus- Gesetze zurückgegriffen, um die isländischen Guthaben einzufrieren, und schnürte damit der isländischen Ökonomie noch weiter die Luft ab. Heute vervielfältigen das Vereinigte Königreich und die Niederlande ihre Drohungen der wirtschaftlichen Isolierung, der Annullierung versprochener Hilfe und der Verweigerung der Mitgliedschaft in der EU, um die isländischen Steuerpflichtigen zum Begleichen der Schuld zu zwingen. Und zwar tun sie dies mit der Unterstützung des Internationen Währungsfonds (IWF), der EU und anderer europäischer Länder, da das gute Image des europäischen Bankwesens über den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau eines Landes geht.

Die Finanzlobbies beschuldigen jetzt die Isländer, nicht zu ihrer Verantwortung zu stehen. Wir sind im Gegenteil der Meinung, dass sie eine verantwortliche Haltung eingenommen haben: zum ersten Mal weigern sich die Bürger ganz konkret, für die enormen Risiken zu bezahlen, die von privaten Banken und Investoren mit dem einzigen Ziel einer Profitmaximierung des Kapitals eingegangen wurden.

Dieses ”Nein” ist von der isländischen Gesellschaft unterstützt worden und auch von Attac, das in Island gerade gegründet worden ist (**www.attac.is**) . Es ist ein Echo der Mobilisierung der griechischen Bürger, die sich weigern, für das unter dem Druck der monetären Spekulation zerbrochene Geschirr zu bezahlen. Es verleiht allen Forderungen Nachdruck, die darauf abzielen, kräftige öffentliche Regulierungen des Finanzsystems einzuführen, angefangen mit einer internationalen Besteuerung aller Finanztransaktionen.

Übersetzung und weitere Infos/Fotos: http://www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=10130&lg=de

Das CADTM begrüßt das deutliche NEIN zum Referendum über das Icesave Gesetz

Am Samstag, den 6. März haben sich die Isländer zu den Wahlurnen begeben, um ihr Votum zum „Icesave“ Gesetz abzugeben, das die Verstaatlichung der privaten Schulden und die Auferlegung von unsozialen Maßnahmen vorsieht, mit denen das Geld zur Begleichung dieser Schulden aufgetrieben werden soll. Das CADTM freut sich über den überwältigenden Sieg der Neinstimmen, die 93% der abgegebenen Stimmen ausmachten. Dies ist ein bedeutender Sieg über den Neoliberalismus.
Island wurde von der Finanzkrise voll erwischt. Der Staat hat die drei wichtigsten Banken des Landes, die 2003 vollkommen privatisiert worden waren, verstaatlicht, um sie vor dem Bankrott zu retten. Das isländische Volk hat sich massenhaft an Protestmaßnahmen beteiligt, um die Verursacher der Kosten dieser Krise zahlen zu lassen: Die Banken und die spekulativen Fonds.
Im August 2009 hatte das Parlament eine Resolution verabschiedet, um die Rückzahlung dieser Schulden an die „Zahlungsfähigkeit“ des Landes zu knüpfen. Das CADTM prangert an, dass der IWF und die Europäische Union ihre ganze Macht aufgewendet haben, diese Richtung umzukehren.
In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 2009 hat das Parlament das „Icesave“ Gesetz verabschiedet, das zum Ziel hatte, die Verstaatlichung dieser privaten Schulden zu bestätigen, und über Härtemaßnahmen (Einfrieren der Löhne, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben …) die Rückzahlung der 3,9 Milliarden Euro zu organisieren, die Großbritannien und Niederlande vorgestreckt hatten, um ihre durch den Bankrott der Onlinebank Icesave im Oktober 2008 « geschädigten Bürger» zu entschädigen. Genau dieses Gesetz haben die Isländer jetzt kategorisch abgelehnt.

Das CADTM wacht sehr aufmerksam darüber, dass diese Entscheidung respektiert wird. Wir erinnern daran, was mit dem Lissabon-Vertrag passiert ist: Als die Franzosen den europäischen Verfassungsvertrag abgelehnt hatten, hatte die französische Regierung trotzdem auf parlamentarischem Wege den Lissabon-Vertrag anerkennen lassen, der den Verfassungsvertrag ersetzt hatte; nach einer ersten negativen Abstimmung in Irland hatte die irische Regierung ein neues Referendum durchgesetzt, um ein Ja zu erreichen.

Das CADTM fordert von der isländischen Regierung, diese neoliberale Logik abzulehnen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Zu diesem Zweck schlägt das CADTM eine Reihe konkreter Maßnahmen vor, die schnell umgesetzt werden könnten:

- Verstaatlichung des Bankensektors ohne Entschädigung,
- Verbot einer Verstaatlichung privater Schulden,
- sofortiges Schuldenmoratorium,
- Umsetzung eines umfassenden Audits der isländischen Verschuldung, um alle ungerechtfertigten oder von Unregelmäßigkeiten gezeichneten Schulden von sich zu weisen,
- eine Sondersteuer auf das Vermögen der Superreichen, damit öffentliche Arbeitsplätze, die sozialen oder Umweltschutzzwecken dienen, entwickelt werden können…

Dies entspricht der Erklärung über das Recht auf Entwicklung, das 1986 von der UNO verabschiedet wurde und in ihrem Artikel 2 festlegt: „Die Staaten haben das Recht und die Pflicht, geeignete nationale Entwicklungspolitiken aufzustellen, die die stetige Steigerung des Wohls der gesamten Bevölkerung und aller Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer aktiven, freien und sinnvollen Teilhabe an der Entwicklung und an einer gerechten Verteilung der draus erwachsenden Vorteile zum Ziel haben.“ (http://www.unric.org/de/voelkerrecht/103)

http://www.cadtm.org/Islande-le-CADTM-salue-le-Non
Übersetzung: coorditrad, Kirsten Heininger
CADTM = Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt

Attac Schweiz und andere

Manifest für eine Steuerwende

Steuergerechtigkeit statt Steuerflucht und Steuerdumping

Eine soziale und ökologische Gesellschaft braucht ein gerechtes Steuersystem und ausreichende Steuereinnahmen. Wichtige Teile der schweizerischen Steuerpolitik stehen im Widerspruch zu diesem Ziel. Das Schweizer Steuersystem ermöglicht in großem Stil Steuervermeidung im In- und Ausland. Steuerwettbewerb, Steuerdumping und Steuerschlupflöcher begünstigen Reiche und multinationale Konzerne. Demgegenüber bezahlen KonsumentInnen und LohnempfängerInnen einen wachsenden Teil der Steuereinnahmen. **Deshalb wollen wir eine Steuerwende.**

Der Schweizer Finanzplatz hat sich auf Steuervermeidung und Steuerhinterziehung spezialisiert. Er zieht weiterhin Steuerfluchtgelder aus Industrie- und insbesondere aus Entwicklungsländern an, die dort dringend gebraucht werden. Die Finanzlobby verklärt den nationalen und internationalen Steuerwettbewerb als notwendig, fördert damit egoistische Einstellungen und untergräbt die Solidarität. Deshalb wollen wir eine Steuerwende.

Wir streben neue Verfassungsbestimmungen an, die eine gerechte, soziale und nachhaltige Steuerpolitik festschreiben und jede Begünstigung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung im In- und Ausland untersagen.

Außenpolitisch fordern wir:

- Die Schweiz unterstützt aktiv internationale Initiativen zur Bekämpfung der Steuerflucht von Unternehmen und Individuen;
- Die Schweiz setzt sich für die angemessene Besteuerung multinationaler Unternehmen und die Lancierung internationaler solidarischer Steuern ein;

Für ein gerechteres Steuersystem in der Schweiz fordern wir:

- die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug; einen automatischen Informationsaustausch mit allen Steuerbehörden demokratischer Rechtsstaaten;
- eine Stärkung von Steuerformen, die zur Umverteilung beitragen, wie Kapitalgewinnsteuern, Erbschaftssteuern und progressive Steuern
- das Abschaffen stoßender Steuerprivilegien für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften sowie der Pauschalbesteuerung;
- ein vereinfachtes Steuerrecht und mehr Transparenz;
- eine Harmonisierung der kantonalen Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenssteuern;
- die verfassungsmäßig geforderte Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit umzusetzen.

http://www.steuerwende.ch/de/manifest/

Gruppenbesteuerung ohne Einschränkungen abschaffen Attac Österreich fordert gemeinsames EU-Steuerprojekt – Steuerwettlauf langfristig global beenden

„Die Konzernbesteuerung auf EU-Ebene muss harmonisiert werden. Dazu gehören einheitliche Bemessungsgrundlagen und Gewinnsteuersätze auf hohem Niveau von 35 bis 40 Prozent. Osteuropäische Länder könnten durch eine Erhöhung der Strukturbeihilfen entschädigt werden“, sagt Felber.

Mehr: http://www.attac.at/8698.html

Attac Frankreich: Die Europäische Union gibt Hedge-Fonds nach

Nach einem Treffen der 27 Finanzminister am 16. März 2010 in Brüssel für den Beschluss eines bescheidenen Projektes zur Regulierung der Hedge-Fonds, das die europäische Kommission vorgeschlagen hatte, wurde die endgültige Verabschiedung doch auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Die Minister ziehen es vermutlich vor zu warten, bis die Hedge-Fonds den Euro und den Pfund Sterling durch ihre ständigen und organisierten Spekulationsangriffe, wie sie das Wall Street im Januar aufgedeckt hatte, endgültig destabilisiert haben.

Mehr:
http://www.france.attac.org/spip.php?article10971

Finanztransaktionssteuer für die Menschen und den Planeten – jetzt! Petition an die Staats- und Regierungschefs der G20

Diese Petition kann unter http://www.makefinancework.org/?lang=de unterschrieben werden.
Die namentlichen Unterschriften werden den Staats- und Regierungschefs der G20 beim Gipfel in Toronto am 26. Juni übergeben. Vorab wird es voraussichtlich auch eine Übergabe an die Staats- und Regierungschefs der EU geben, da die EU-Position innerhalb der G20 von besonderer Bedeutung sein wird.

Infoseite zur Finanztransaktionssteuer:
http://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=6607

Berlin
9.- 11. April

Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz
http://www.attac.de/index.php?id=6565

Freitag, 09.04. - Tag der Eröffnung
19.30 Begrüßung durch Attac Deutschland und die Volksbühne
Ansprache von Albrecht Müller (Nachdenkseiten) ; Lesung mit Ensemblemitgliedern der Volksbühne
21.15 Kabarett mit Urban Priol und Georg Schramm
22:00 Ausklang im Roten Salon mit der Klezmer-Band Forszpil

Samstag, 10.04. - Tag der Verhandlung
09.30 Anklageerhebung
11.00 Beweisaufnahme I
14.30 Beweisaufnahme II in 6 Anhörungen
17.15 Beweisaufnahme III
20.00 Konzert mit Dota, der Kleingeldprinzessin, anschl. Plädoyers von Anklage und Verteidigung
22.00 Roter Salon: Konzert mit Bela B und Olli Schulz
anschl. DJ Bela B

Sonntag, 11.04. - Tag der Urteilsverkündung und Forum der Alternativen
10.00 Urteilsverkündung
11.00 Forum der Alternativen
13.00 Abschluss und anschließend Vernetzung weiterer Aktivitäten

PPP

Was ist Public-Private-Partnership ?

PPP ist eine besondere Form der Privatisierung, das geben ihre Lobbyisten gelegentlich offen zu. Sie kleidet sich in den Schafspelz der "Partnerschaft" und verspricht eine Rückgabe des öffentlichen Eigentums nach fünfzehn bis dreißig Jahren. Sie überantwortet jedoch die öffentlichen Institutionen in gleicher Weise dem privaten Gewinnstreben und entzieht sie der demokratischen Kontrolle. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die PPP-Projekte in der Regel für die öffentliche Hand erheblich teurer werden als eine Eigeninvestition. Im Effekt werden also mögliche Gewinne aus der öffentlichen Hand in die privaten Taschen umgeleitet. PPP-Projekte sind eine Privatisierung besonders übler Art.
Die *Privatisierung* der öffentlichen Institutionen ist seit ca. 20 Jahren integraler Bestandteil neoliberaler Politik, Bilanz ist vernichtend. Mit den Gewinnen der privaten Unternehmen ist alles andere auch gestiegen: die Verschuldung der Kommunen, die Arbeitslosigkeit, die Preise und Gebühren für Energie, Wasser etc.
Zeichnete sich die erste Phase der Privatisierung durch den Totalverkauf von Staatsunternehmen an Großkonzerne und von ihnen gegründete Konsortien aus, so läuft mit *Öffentlich-privater Partnerschaft* seit etwa fünf Jahren die zweite Phase. Derzeit sind in Deutschland ca. 150 Projekte in Arbeit. Dem Anschein nach wird gar nicht verkauft, es werden Partnerschaften zwischen privaten Investoren und der öffentlichen Hand begründet, die den Konzernen und Banken eine 30jährige Pfründe sichern, während die öffentliche Hand zahlt und zahlt und zahlt. Hauptargument und Einfallstor der PPP-Lobby ist die durch die neoliberale Politik erzeugte Verarmung der Kommunen in Verbindung mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Es regiert wieder einmal der Sachzwang. Elementare Bereiche unserer Lebensgrundlage wie Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Straßen, aber auch Gefängnisse und Friedhöfe werden so zu Finanzprodukten und zu Spekulationskapital. Die Bürger zahlen und die nächste Finanzkrise lässt grüßen.
Privatisierung ist mittlerweile in breiten Bevölkerungsschichten als Übel erkannt. Infolge der deutlich gewordenen immensen Verluste im Zuge von CBL (cross border leasing) hat eine Sensibilisierung stattgefunden. Es wurde deutlich, dass 1000-seitige Geheimverträge und waghalsige Effizienzversprechen enorme Fußangeln mit sich bringen. Infolgedessen werden Rekommunalisierungen wieder modern. Demgegenüber werden Öffentlich-private Partnerschaften bei sehr verwandten Inhalten und Folgen nach wie vor unkritisch oder sogar positiv gesehen. Die Kommunen lassen sich mit einer zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeit ködern, die ihnen wegen der Finanznot sonst verwehrt bliebe. PPP ist aber so schädlich wie Privatisierung; sie bringt darüber hinaus absehbar höhere Kosten, die sich auch durch fiskalische Tricks wie Schattenhaushalte oder Ähnliches auf Dauer nicht verbergen lassen.

Wenn die Kommunen kein Geld haben, ist das doch eine gute Lösung, oder?
Von privaten Beratern durchgeführte Wirtschaftlichkeitsvergleiche weisen Kosteneinsparungen von bis zu 25% aus.
Die Erfahrung mit allen bisher durchgeführten Projekten ist jedoch: Die "Effizienzvorteile" sind Luftschlösser und alles wird sehr viel teurer als bei einer Finanzierung durch die öffentliche Hand. Ein drastisches Beispiel: die Berliner Wasserbetriebe (siehe Berliner Wassertisch).

Muss denn ein PPP - Projekt immer teurer sein?

Ja, ist auch logisch. Die privaten „Investoren“ nehmen auch nur Kredite auf, die sie in der Regel zu schlechteren Bedingungen bekommen als die Kommunen. Sie selbst investieren nur 10%, sind also gar keine Investoren. Diese erhöhten Kreditkosten, der garantierte Gewinn, die Beraterhonorare, der Preis für den Wirtschaftlichkeitsvergleich u. v. m. fließen in die Mietkosten ein, die die Kommune zu zahlen hat. Sie bezahlt also Miete auf einen schlechteren Kredit als sie selbst haben könnte.
Und die Krönung: In der Regel muss die Kommune für diese (horrenden) Mietzahlungen auch noch einen Kredit aufnehmen, zahlt also doppelt Zinsen. Irgendwie irre, finden wir!
Aber es kann noch verrückter kommen:
Der „Investor“ verkauft seine Mietforderungen an eine Bank und erhält sofort seine „Investitionssumme“ aus dem 30-Jahre-Projekt bar auf die Hand: eine perfekte „Wertschöpfung“, aber nur für den Investor. Die Zeche zahlen wir alle mit unseren Steuern. Nebenbei muss die Kommune noch auf ihr „Reklamationsrecht“ verzichten (Einredeverzicht), denn die Bank will natürlich nichts mit den Mängeln am Bau zu tun haben.
Die Privaten sind fein raus, sie haben unser Geld und können das ins nächste Projekt investieren oder alles an die verdienten Manager/Unternehmer/Berater verteilen oder auch einfach pleite gehen – wen kümmert's? Die Kommune sitzt mit den Mängeln am Bau und ihren Schulden alleine da!

Wer profitiert also davon?

Es profitieren wie immer die Großkonzerne, aber auch Berater, Wirtschaftsprüfer, Anwaltskanzleien und Banken – alles **global player, die überall grasen, wo es Profit gibt**. Da locken staatlich garantierte Gewinne ohne Risiko und ohne Konkurrenz, über Jahrzehnte geplant in der achso „freien Marktwirtschaft“.

Warum setzen sich die Politiker für solche Verträge ein?

Kommunen werden bewusst unter Sparzwang gesetzt, das gerade erlassene Schuldenbegrenzungsgesetz verschärft dies. PPP scheint das gesamte Problem mit einem Schlag zu lösen, aber es stimmt nicht: die Mieten sind versteckte Kredite und damit Schulden, werden aber im Haushaltsplan nicht als solche ausgewiesen – ein übler Trick. Eine mit PPP renovierte Schule scheint schöner und effizienter und die Parteien können sich die kurzfristige Ausgabenersparnis auf die Fahnen schreiben, mit denen sie in den kommenden Wahlkampf ziehen. Der Weg in die kommunale Schuldenfalle ist nur eine der negativen Spätfolgen. **PPP schadet vor allem unserer Demokratie!**

Die "ÖPP Deutschland AG"

Auf Initiative von 13 Banken haben die Minister Tiefensee und Steinbrück die "ÖPP Deutschland AG" gegründet – selbst

ein PPP-Projekt. Diese bezeichnet sich selbst als „das unabhängige Beratungsunternehmen für erfolgreiche Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland“. Sie berät Bund, Länder und Gemeinden und sucht selbst nach geeigneten ÖPP-Projekten. In diesem sogenannten unabhängigen "Kompetenzzentrum" sitzen die Ministerialbeamte als Zuträger der Unternehmer, die zu Investoren werden und von den Projekten profitieren: Banken und Finanzinstitute, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwaltskanzleien und Großkonzerne möchten, dass sich PPP flächendeckend durchsetzt. Und die Europäische Kommission hilft kräftig mit.

Wieso schadet PPP unserer Demokratie?

Die Verträge sind immer geheim. Noch nie wurde in Deutschland ein PPP-Vertrag vollständig vor der Abstimmung den Abgeordneten vorgelegt. Die politischen Verantwortlichen müssen über Verträge abstimmen, die sie nicht kennen! Verrückt, oder? Das öffentliche Interesse wird so dem privaten Geheimhaltungsinteresse untergeordnet. Öffentliche Güter in Privathand werden der politischen Kontrolle der Bevölkerung entzogen.
Mit jedem PPP Projekt wird ein Stück Demokratie verkauft. Denn die Demokratie hört bekanntlich am Fabriktor und am Bankeingang auf – also an der Tür zum Privatbesitz.

PPP ist...

- Raub am Gemeineigentum
- Ausverkauf der Zukunft
- Bankrotterklärung der Politik
- die gesetzlich geschützte Form, Deutschland zu ruinieren

Wir fordern

- Höhere Besteuerung der Vermögenden zugunsten der Kommunen
- Finanzierung öffentlicher Projekte durch günstige Kommunalkredite
- Kontrolle der öffentliche Güter durch die Kommunen
- Offenlegung der PPP-Verträge / keine Geheimverträge
- Stärkung der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe
- Rücknahme der PPP-Beschleunigungsgesetze

Was kann jeder von uns tun?
Ob diese düsteren Aussichten Wirklichkeit werden, hängt von uns allen ab. Denn mit öffentlichem Druck können und müssen wir es verhindern.

- Aufklärung betreiben: PPP öffentlich machen!
- Druck auf Abgeordnete ausüben (s.a. www.abgeordnetenwatch.de)
- Parteien / Politiker nicht wählen, die PPP unterstützen
- aktiv werden bei ppp-irrweg.de

http://www.ppp-irrweg.de/ag-privatisierung/startseite/

Presseerklärung zum 2. bundesweiten Treffen der „PPP-Irrweg“-Kampagne und zahlreicher Antiprivatisierungsinitiativen am 6.-7. Februar 2010 in Braunschweig

Am Wochenende des 6./7.Februar 2010 trafen sich 60 VertreterInnen von Attac und Bürgerinitiativen aus 15 Städten und berieten die nächsten Aktionen gegen den Ausverkauf öffentlicher Daseinsvorsorge und für eine Gemeinwohl-orientierte Re-Kommunalisierung.
Die weltweiten Finanzblasen und teuren Bankenrettungen beschleunigen gegenwärtig den kommunalen und öffentlichen Ausverkauf. Die von alters her kommunal erworbenen Vermögen sollen jetzt die Banken-Löcher füllen. Ein Rettungsplan für Kommunen dagegen: Fehlanzeige.
Folge weiterer Privatisierungspolitik wäre: Die totale Enteignung der Kommunen, Verarmung der Bevölkerung, kultureller und gesellschaftlicher Kahlschlag sowie beschleunigter Demokratieabbau.
Dagegen unterstützen die Versammelten die bereits vielfältigen Aktionen zum Erhalt von Bädern, Theatern usw. vor Ort, denn Privatisierungen führen in die Sackgasse weiterer Bankenabhängigkeit.
Public-Private-Partnership ("PPP") als neues von Banken und Beraterfirmen ausgeklügeltes Privatisierungsinstrument beschleunigt die allgemeine Verarmung.
Mit jedem "PPP" -Projekt wird ein Stück Demokratie verkauft und das Staatswesen den weltweiten Finanz-Akrobaten ausgeliefert.
Die Versammelten fordern:

- höhere Besteuerung der Vermögenden, der Unternehmens- und Bankgewinne zugunsten der Kommunen;
- Finanzierung öffentlicher Projekte durch günstige Kommunalkredite;
- Kontrolle der öffentlichen Güter durch die BürgerInnen;
- Offenlegung aller PPP-Projekte;
- keine Geheimverträge;
- Stärkung des Einflusses der Rechnungshöfe;
- Rücknahme der bisher beschlossenen PPP-Beschleunigungsgesetze.

http://www.ppp-irrweg.de/ag-privatisierung/neuigkeiten

PPP: http://www.labournet.de/diskussion/wipo/gats/ppp.html
Privatisierung und Widerstand: Gesundheitswesen:
http://www.labournet.de/diskussion/wipo/gats/gesund.html
Wasser:
http://www.labournet.de/diskussion/wipo/gats/wasser.html
http://www.berliner-wassertisch.net/

Cross boarder Leasing:
http://www.labournet.de/diskussion/wipo/gats/cross.html
http://oeffentlich-ist-wesentlich.verdi.de/

http://www.lunapark21.net

LP21-spezial >> Krise & Kommunen
Georg Fülberth & Winfried Wolf · Großstadt mit Busverkehr bis 21 Uhr
Sebastian Gerhardt · Schwäche als Stärke? Die Finanzen der ostdeutschen Kommunen
LunArt · Andras Siekmann
Carl Waßmuth · PPP = Planwirtschaft Privater Profiteure
Christian Reiner · Kommunale Finanzen und Cross-Border Leasing in der Krise
Dianna Feeley · Detroit heute: Was bleibt, wenn die Jobs gehen
Carl Waßmuth · Der Schnee. Die Stadt. Der Reibach.
Lexikon Georg Fülberth Gemeindefinanzen

http://www.acquabenecomune.org/

Demonstration gegen Wasserprivatisierung in Rom, 20.3.2010

Werner Rüggemer

Public Private Partnership

– Aufstieg eines gescheiterten Konzepts

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die waghalsigen Steuersenkungsmanöver der schwarz-gelben Bundesregierung richten die Finanzen der Länder und insbesondere der Kommunen zu Grunde. Damit wird zugleich auch die lokale Infrastruktur – von Schulen über Bahngleise bis hin zu Museen und Bibliotheken – nachhaltig beschädigt.
Als „Ausweg" aus diesem hausgemachten Dilemma beschwört die Bundesregierung das Konzept der *Public Private Partnership* (PPP), zu Deutsch: Öffentlich-Private Partnerschaft. Dieser vermeintliche „Ausweg" ist keineswegs neu. Mit der Begründung, der verschuldete Staat müsse zur Infrastrukturerneuerung privates Kapital mobilisieren und Privatunternehmen könnten ohnehin besser wirtschaften, entwickelte bereits die Labour-Regierung Tony Blairs Ende der 90er Jahre in England das Konzept der PPP, das mittlerweile weltweit angewandt wird.
Dabei zeigt sich, wie bei früheren Formen der Privatisierung, dass die hochfliegenden Versprechungen nicht eingehalten werden. Dennoch forcieren Regierungen, Banken und Investoren PPP mehr denn je. Auf diese Weise droht eine zweite große Privatisierungswelle – mit desaströsen Folgen. Gleichzeitig nehmen aber auch Kritik, Widerstand und die Suche nach Alternativen zu.

Thatchers Offensive

Margaret Thatcher, die begeisterte Schülerin des Neoliberalismus-Gurus Milton Friedman, begann 1983 eine beispiellose Privatisierung öffentlicher Unternehmen: British Telecom, Rolls Royce, British Airways, British Steel, British Airports, Wasser- und Elektrounternehmen – beinahe alle großen Unternehmen in öffentlicher Hand wurden veräußert. Ihr konservativer Nachfolger John Major verkaufte dann fast den gesamten Rest, insbesondere die Bahn. Verbunden waren diese Unter-Wert-Verkäufe mit dem bekannten neoliberalen Mix: Lohnsenkungen und Entmachtung der Gewerkschaften, Steuersenkungen für Gewinne und Deregulierung des Finanzwesens.(1)
Die katastrophalen Ergebnisse – Entlassungen, Preissteigerungen, schlechter Service, Unfälle bei der Bahn, Ausfälle beim Trinkwasser, Verschmutzung der Gewässer, weitere Staatsverschuldung – erleichterten „New Labour" seinerzeit die Übernahme der Regierung. Tony Blair, George Brown und Peter Mandelson, die den Privatisierungen weitgehend zugestimmt hatten, erklärten damals: Stopp! Wir verkaufen nichts mehr! Wir machen Partnerschaft mit den Investoren!
Die von „New Labour" herangezogenen Berater wie die Wirtschaftsprüfer Price Waterhouse Coopers und KPMG und die Unternehmensberater Arthur Andersen in Zusammenarbeit mit Banken wie UBS/Warburg entwickelten daraufhin das Konzept „Public Private Partnership". Statt der diskreditierten Verkaufs-Privatisierung im Stile Thatchers sollte nun mit Hilfe von PPP der öffentliche Sektor für private Investoren geöffnet werden.(2)

Das Konzept der PPP funktioniert so: Öffentliche Hand und private Unternehmen wirken als gleichberechtigte Partner; direkt verkauft wird – zunächst – nichts. Die öffentliche Hand braucht wegen ihrer Überschuldung keinen Kredit aufzunehmen, um Schulen, Rathäuser, Krankenhäuser, Gefängnisse, Straßen, Straßenbeleuchtung usw. zu sanieren oder neu zu bauen. Sie schließt stattdessen mit einem privaten Investor einen Dienstleistungsvertrag ab, der in der Regel zwischen 20 und 30 Jahren läuft. Der Investor kümmert sich dann um Planung, Bau, Sanierung, Betrieb und vor allem Finanzierung, die öffentliche Hand zahlt lediglich eine Miete. Dieser Vertrag sei, so die offizielle Begründung, eine *Win-Win*-Situation; der Staat könne sich auf diese Weise auch ohne Geld alles leisten wie bisher.

„Die Finanzkrise als Chance für PPP nutzen"

Die industriekapitalistischen Staaten befinden sich weltweit in ähnlicher Lage wie Großbritannien. Auch sie sind nach der ersten Welle der Privatisierung und der Steuererleichterungen für Unternehmen mehr denn je überschuldet, ihre Infrastruktur verfällt. Es erstaunt daher kaum, dass das neue Wundermittel PPP weltweit übernommen wurde und wird. (3) Die Forderung nach einem „Aufbau West", als Gegenstück zum deutschen „Aufbau Ost" entwickelt, liegt nach den Verwüstungen der bisherigen neoliberalen Phase für die Infrastruktur der gesamten „westlichen Wertegemeinschaft" in der Tat nahe.(4)

Die neoliberalen Akteure haben durch die staatliche Rettung der bankrotten Banken und Unternehmen im Zuge der Weltwirtschaftskrise die Staatsverschuldung noch weiter hochgetrieben. Die daraus resultierende Kürzung staatlicher Ausgaben wird insbesondere den unteren Staatsebenen der Bundesländer und Kommunen aufgebürdet. So wird von den Bankenrettern zugleich der „Sachzwang" produziert, sich des neuen Heilmittels PPP zu bedienen. „In der Finanzkrise: PPP als Chance nutzen!", lautet das Motto der Branche(5). Die weltweit bei der PPP-Vertragsgestaltung führende Kanzlei Freshfields spricht Klartext: Sie sieht die Finanzkrise als Gelegenheit zum „permanenten Transfer öffentlicher Infrastruktur an den privaten Sektor"(6).

Die großen Banken, auch die öffentlich-rechtlichen Landesbanken, haben seit mehreren Jahren Infrastrukturfonds aufgelegt und eigene PPP-Abteilungen eingerichtet: Flughäfen, Leitungssysteme, Energie- und Transportnetze, Tunnel, Stadtwerke usw. sind ihre als „alternative" Investments bezeichneten Zielobjekte. Geworben wird mit „risikoarmen und langfristigen Zuflüssen". Auch die Sparkassen haben sich inzwischen eingeschaltet.(7)

Die großen Baukonzerne haben in den letzten Jahren ebenfalls darauf orientiert. Da ihnen das traditionelle Baugeschäft zu unsicher und zu wenig lukrativ erscheint, betätigen sie sich jetzt als „Infrastrukturanbieter" und setzen auf den langfristigen, umfassenden Betrieb von Gebäudekomplexen wie Flughäfen, Schulen, Altenheime, Krankenhäuser, Gefängnisse, Straßen und perspektivisch auch von ganzen Stadtteilen und sogenannten *gated communities* (abgesperrten Sicherheitszonen für Vermögende).(8) Dafür haben sie spezialisierte Tochtergesellschaften gegründet. Wirtschaftsprüfer erschließen fortlaufend neue Bereiche für PPP und stellen eine wichtige Lobby dar.

Die Europäische Union richtete 2003 ein Europäisches PPP-Kompetenzzentrum (European PPP Expertise Centre, EPEC) ein. Es ist in der Europäischen Investitionsbank angesiedelt, die zudem günstige Kredite für PPP-Projekte vergibt und mit „strukturierten Finanzierungen" große PPP-Projekte wie im internationalen Straßenbau fördert. Im November 2009 hat die Europäische Kommission einen Maßnahmenplan zur Stärkung von PPP veröffentlicht; insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und Energieeffizienz solle PPP dazu beitragen, die „durch die Finanzkrise angeschlagenen öffentlichen Haushalte nachhaltig zu entlasten".(9) Die Weltbank hat in Washington gar eine eigene

Abteilung, die *Public Private Infrastructure Advisory Facility* (PPIAF), eingerichtet. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit fördern die westlichen Regierungen PPP.

Der Import von PPP nach Deutschland

Die meisten PPP-Projekte – etwa 900 – hat naturgemäß das Erfindungsland Großbritannien zu bieten. Zusammen mit Australien gilt es als das „reife" PPP-Land, während Deutschland mit seinen bisher erst etwa 130 Projekten(10) – ähnlich wie andere EU-Staaten – von der Lobby als „Entwicklungsland" eingestuft wird.

Der damalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder importierte Anfang des Jahrzehnts das englische Vorbild nach Deutschland. Nach dem sogenannten Schröder-Blair-Papier aus dem Jahr 1999 bestätigte der SPD-Parteitag 2003 das PPP-Konzept im Leitantrag des Parteivorstandes, in dem es hieß: „Öffentlich-private Partnerschaften sind ein neuer Weg, [...] um öffentliche Leistungen nicht nur mit geringeren Kosten schneller und früher, sondern auch in höherer Qualität" bereitzustellen.
Die SPD-Bundestagsfraktion veröffentlichte anschließend einen Wegweiser für Kommunen, der unter Mitwirkung der Beraterfirmen KPMG und Bearing Point, der Deutschen Bank, des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und anderer erstellt worden war.(11) Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und Grünen bildeten ebenfalls solche Arbeitsgruppen, in denen sich die gleichen Berater wiederfanden. 2005 beschloss der Bundestag das PPP-Beschleunigungsgesetz, wonach Investoren beispielsweise beim Kauf von Grundstücken von der Grundsteuer befreit sind, nur geringes Eigenkapital vorweisen müssen und lediglich der Generalunternehmer öffentlich auszuschreiben ist.(12)
Die Lobby meldete umgehend weitere Wünsche für ein nachfolgendes PPP-Vereinfachungsgesetz an. Obwohl 2005 im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD mit hoher Priorität versehen, wurde es in der letzten Legislaturperiode nicht umgesetzt. Allerdings erfüllte der Bundestag den Hauptwunsch der Lobby und beschloss im März 2009 einen Modellversuch, in dem den Investoren auch die Mehrwertsteuer erlassen wird – die Investoren fühlen sich nämlich durch die Mehrwertsteuer gegenüber dem staatlichen Mitbewerber „diskriminiert".(13)

Staatlich-Private Lobby

Zunächst wurden seit 2003 im Bau- und Verkehrsministerium und in den Landesregierungen staatliche PPP-Task-Forces eingerichtet und PPP-Leitfäden herausgegeben. 2008 gründete die Bundesregierung dann die Partnerschaften Deutschland AG (PDAG); eine führende Rolle spielte dabei die Initiative Finanzstandort Deutschlands (IFD). Die Aktien dieser Gesellschaft nach englischem Vorbild gehören zur Hälfte dem Staat und zur Hälfte einschlägigen Baukonzernen, Banken, Anwaltskanzleien und Beraterfirmen. Die PDAG soll staatliche Stellen und Kommunen über PPP beraten und damit auch Gewinn machen.(14)

Die beteiligten Unternehmen hatten sich schon vorher in verschiedenen Lobbyorganisationen zusammengetan: Bundesverband PPP, PPP-Plattform (Bauindustrie), develoPPP (Entwicklungshilfe). Der Baukonzern Bilfinger Berger organisiert eine jährliche PPP-Konferenz und gibt als deren Protokoll seit 2004 ein PPP-Jahrbuch heraus. Bundesverband PPP und Bertelsmann-Stiftung vergeben jährliche PPP-Innovationspreise, die Zeitung „Behörden-Spiegel" kürte „die besten PPP-Projekte 2008".
An einigen Hochschulen wie Karlsruhe, Stuttgart, Biberach, Mainz, Freiberg und Weimar wurden PPP-Zentren bzw. PPP-Studiengänge eingerichtet. Eine systemische Erscheinung sind sogenannte PPP-Professoren. Sie haben einen staatlich alimentierten Lehrstuhl, gleichzeitig sind sie jedoch Inhaber, Gesellschafter oder Berater einer privaten PPP-Beratungsfirma. So berät etwa Professor Wilhelm Alfen die Bundesregierung, Landesregierungen und Kommunen, gleichzeitig aber auch die Bauindustrie und den Baukonzern Hochtief.(15)

Solche staatliche Absicherung privatwirtschaftlicher Aktivitäten ist typisch nicht nur für PPP insgesamt, sondern auch für das hier tätige Personal. So wechselten Ministerialbeamte aus dem Bundesfinanzministerium nicht nur mit dem dreifachen Gehalt und zusätzlichen Boni in die von ihnen selbst konzipierte PDAG, sondern sicherten sich vertraglich auch das Rückkehrrecht in den Staatsdienst.(16)
Eine wichtige Rolle als Berater und Türöffner spielen Ex-Politiker. So betreibt der Ex-SPD-Vorsitzende und Ex-Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Beratungsfirma Rudolf Scharping Beratung Kommunikation (RSBK). Er gibt den Newsletter „PPP-Kompakt" heraus, lädt Kommunalpolitiker zu kostenlosen Fortbildungsseminaren ein und organisiert zusammen mit dem „Behörden-Spiegel", Ernst & Young und Finanzinvestoren die Kongresse „Public Infrastructure".

In der Bevölkerung hingegen stößt PPP nach den negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre zunehmend auf Skepsis – was die Lobby in Angst und Schrecken versetzt: „Ablehnung eskaliert zum offenen Widerstand", konstatiert etwa die „Börsen-Zeitung" vom 28. August 2009. Als Reaktion auf die wachsende Skepsis führt nun etwa der PPP-Professor Andreas Pfnür Befragungen zur „Kundenzufriedenheit" durch. Selbstverständlich antworten Schüler, Eltern, Lehrer zufrieden, dass ihre Schule nun in neuem Glanz erstrahlt.(17) Das soll als Argument für PPP dienen, ist aber methodisch mehr als fragwürdig, da die Befragten natürlich genauso geantwortet hätten, wenn ihre Schulen mit traditioneller Methode saniert worden wären.

Daneben legt die Lobby nach den schlechten Erfahrungen mit der ersten Welle der Privatisierung Wert darauf, PPP nicht als Privatisierung, sondern als „alternative Beschaffungsvariante" zu bezeichnen. Die umfangreiche und zugleich langfristige Übertragung bisher öffentlicher Funktionen und die faktische Dominanz der privaten Seite belegen jedoch das Gegenteil.

Einseitige Berater

Die Dominanz der privaten Seite beginnt bei Public Private Partnership bereits bei der Vorbereitung. Der Entscheidung für ein PPP-Projekt im gewählten politischen Beschlussgremium geht ein „Wirtschaftlichkeitsvergleich" voraus. Dabei werden die Kosten einer traditionellen öffentlichen Erledigung mit der PPP-Variante verglichen. Erstellt werden diese Gutachten allerdings von Beratungsfirmen, die sich für PPP einsetzen. Sie gehen prinzipiell von einer unveränderbaren Ineffizienz öffentlicher Erledigung aus.(18)

Die Suche nach dem geeigneten Investor wird häufig Wirtschaftsprüfern übertragen, die auch die Angebote bewerten. Die hier agierenden Firmen mit ihren jahrzehntelangen Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen sind selbst Global Player und bewerten den öffentlichen Dienst prinzipiell negativ.(19) Sie sind zugleich keine Freunde des offenen Wettbewerbs, sondern ihrer Vorzugsfirmen. So sollte Ernst & Young für die Stadt Köln den Investor des Projekts „Messehallen" ermitteln; der Auftrag ging ohne öffentliche Ausschreibung an den mit Ernst & Young verbundenen Investor Oppenheim-Esch. Erst der Europäische Gerichtshof erklärte schließlich den Vertrag für nichtig.(20)
Großkanzleien wie Freshfields und Clifford Chance erstellen die Verträge – hochgradig komplizierte Vertragswerke, die beispielsweise beim PPP-Vorzeigeprojekt des Landkreises Offenbach für dessen 90 Schulen Folgendes enthalten: 11 Grundverträge (Rahmenvereinbarung, Gesellschafts-, Finanzierungs-, Sanierungs-, Facility-Management-, Personalüberleitungs-, Personalbeistellungs-, Reinigungs-, Einredeverzichtsvertrag usw.), dazu 113 Anlagen und fortlaufende Ergänzungen. Die Berater erhielten dafür 7,4 Mio. Euro Honorar.(21)

Geheime Verschlusssache

Die Vertragswerke unterliegen zudem auf Wunsch der Investoren der Geheimhaltung. Das bedeutet: Die rechtswirksamen Verträge liegen selbst dann nicht vor, wenn im nichtöffentlichen Teil von Stadtratssitzungen darüber entschieden wird. Bestenfalls erreichen die gewählten Volksvertreter eine nachträgliche Vertragseinsicht, die aber weiter der Geheimhaltung unterliegt. So beschloss der Stadtrat von Frankfurt am Main nach Bekanntwerden bisher verheimlichter Kosten beim Projekt Bildungszentrum Ostend die Einrichtung eines „Akteneinsicht-Ausschusses". Die Stadtverordneten durften dann einzeln die Verträge einsehen; diese waren jedoch auf Anweisung der Kämmerei unvollständig, Kopien durften nicht gemacht und die Fakten nicht in die öffentliche Diskussion eingebracht werden.(22)
Den Vertrag schließt die öffentliche Hand mit einem Generalunternehmer. Der Generalunternehmer gründet für jedes Projekt eine eigene Projektgesellschaft, die in Eigenregie die Subunternehmer aussucht. Damit zieht der Generaluntemehmer alle Entscheidungen an sich, verlagert Risiken und schöpft durch Dumping-Werklöhne zusätzliche Gewinne ab, während die Subunternehmer mit Niedriglöhnern und Illegalen arbeiten; Konkurse sind an der Tagesordnung. „Subunternehmer müssen aufgrund der Marktmacht des Auftraggebers zu kaum kostendeckenden Preisen anbieten. Mangelhafte Bauausführung sind die logische Konsequenz", begründete die Bayerische Handwerkskammer ihre Ablehnung von PPP.(23) Die Projektgesellschaft stellt zudem eine private Bürokratie dar und unterliegt nicht der Prüfung durch öffentliche Rechnungshöfe.
Geworben wird mit dem „ganzheitlichen Lebenszyklus-Ansatz": Weil alle Aufgaben langfristig in einer Hand sind, werden angeblich „Synergieeffekte" gehoben. Der Generalunternehmer sei zum Beispiel beim anfänglichen Bauen oder Sanieren gezwungen, auf die langfristigen Folgen für den Energieverbrauch zu achten, um ihn im eigenen Interesse als Betreiber niedrig zu halten. Dies wäre plausibel, wenn das Ganze nicht im neoliberal orientierten kapitalistischen Kontext abliefe. Der PPP-Markt ist in der Bundesrepublik in der Hand von nur sechs großen Infrastrukturanbietern: Hochtief, Bilfinger Berger, Serco (England), SKE (deutscher Ableger von Vinci), Goldbeck und Royal BAM Group (Niederlande). Alle Aufgaben in der Hand eines solchen Global Players führen dazu, dass die Entscheidungen und Vorteile sich bei ihm konzentrieren. Zudem ist der Lebenszyklus eines Gebäudes nach der üblichen Laufzeit zwischen 20 und 30 Jahren nicht zu Ende. Der Verantwortungshorizont des Investors endet gerade dann, wenn die strukturellen Erneuerungsbedarfe beginnen, stellte das städtische Revisionsamt der Stadt Frankfurt nach Prüfung des Projekts Bildungszentrum Ostend fest.(24)

Die Dominanz der privaten Seite manifestiert sich auch im juristischen Verfahren. Bei PPP wird vereinbart, dass die beiden Parteien im Streitfall nicht vor ein ordentliches Gericht gehen, sondern ein Schiedsgericht bilden: Jede Seite benennt einen Vertreter, und man einigt sich auf einen „neutralen" Dritten, der üblicherweise aus „der Wirtschaft" kommt – auf lokaler Ebene ist dies ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer. Schiedsgerichte tagen geheim. Sie können schneller und unbürokratischer als staatliche Gerichte entscheiden, heißt es. Im Falle des größten deutschen PPP-Projekts, Toll Collect (Lkw-Maut auf Autobahnen), kam das private Konsortium aus Daimler, Telekom und Cofiroute seinen vertraglichen Verpflichtungen über ein Jahr lang nicht nach; die Maut wurde nicht einkassiert, dem Bundeshaushalt gingen etwa fünf Mrd. Euro verloren. Die Bundesregierung klagte 2004 auf Schadenersatz und Konventionalstrafe. Das Schiedsgericht wurde jedoch überhaupt erst 2009 eingerichtet. Bestenfalls ist ein fauler Kompromiss zu erwarten.(25)

Milchmädchenrechnung

PPP wird im politischen Diskurs mit den „leeren öffentlichen Kassen" begründet. Doch gerade finanziell stellt PPP eine Milchmädchenrechnung dar. Denn die öffentliche Hand ist nach Unterzeichnung eines PPP-Vertrags ja immer noch überschuldet. Das bedeutet: Sie muss Kredite aufnehmen, um die Mieten aufzubringen. In den Mieten sind aber schon die Zinsen enthalten, die der Investor für seine Kredite zahlen muss; das ist üblich, das macht jeder Vermieter. So zahlt die öffentliche Hand zweimal Zinsen. Beispielsweise muss der Landkreis Offenbach für die in der Vertragslaufzeit zu zahlenden Mieten von insgesamt 798 Mio. Euro zusätzliche Kredite aufnehmen, für die er etwa 112 Mio. Zinsen zahlen muss.(26)
Einer Entscheidung für PPP geht, wie oben dargestellt, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich voraus. In allen mir bisher bekannt gewordenen Vergleichen fehlt aber die zweifache Zinszahlung. Es fehlen darüber hinaus die „internen Transaktionskosten". Der Lobby sind sie sehr wohl bekannt: Die öffentliche Hand muss erheblichen personellen und finanziellen Aufwand betreiben, um den komplizierten Vergabeprozess und die 30jährige Begleitung des Projekts zu organisieren, und sie muss sich, weil sie eigenes Personal abbaut, „externe technische, juristische und wirtschaftliche Beratung" über den gesamten Projektzyklus hinzukaufen.(27) Zudem gehen die Transaktionskosten des Investors (Beraterhonorare, Bankprovisionen usw.) in die Miete ein; sie betragen zwischen 15,5 und 19,5 Prozent der gesamten Investition.
In den meisten Fällen verkauft der Investor die Forderungen aus dem Mietvertrag, zumindest hinsichtlich der Bau- bzw. Sanierungsphase, an eine Bank (Verbriefung, Forfaitierung). Der Investor bekommt die Gesamtsumme aller betreffenden Mieten, die öffentliche Hand zahlt die Mieten an die Bank und erklärt zu deren Gunsten einen Einredeverzicht. Damit verzichtet die öffentliche Hand beispielsweise auf ihre Rechte zur Mietminderung, selbst wenn der Investor mangelhaft oder gar nicht arbeitet bzw. in Insolvenz geht. So haben etwa die Investoren Hochtief und SKE die Mietforderungen, die sie aus dem Schul-PPP-Vertrag gegenüber dem Landkreis Offenbach haben, an eine irische Bank verkauft.(28) Die Banken können diese Forderungen wiederum weiterverkaufen, sie gestalten daraus eine „neue Anlagenklasse" vor allem für institutionelle Investoren. Auch für „kleine" Anleger mit einer Anlagesumme ab 15 000 Euro werden PPP-Projekte geöffnet, so etwa das „Haus des lebenslangen Lernens" in Dreieich/Hessen.

Der Staat verliert Steuern

Die Investoren legen, auch aus steuerlichen Gründen, Wert auf möglichst langfristige Verträge. Deshalb erwerben sie in der Regel auch die Grundstücke, auf denen sie Schulen, Rathäuser usw. errichten. So können sie als langfristige Eigentümer Steuerersparnisse geltend machen. Bei den Immobilienfonds wie in Dreieich werden die Steuerabschreibungen mit den Ausschüttungen verrechnet. Unternehmer können stille Reserven, zum Beispiel wenn sie Firmenteile verkaufen, in solche Fonds (sogenannte 6b-Fonds) investieren und damit die Besteuerung umgehen.(29) Das bedeutet: Bei einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung wird klar, dass der Staat zusätzlich erhebliche Steuerverluste erleidet.

Schröder und Blair hatten gefordert: „Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern." Mit PPP steuert er aber nicht, sondern er rudert zurück und klammert sich an einen Strohhalm, der ihn vor dem Ertrinken nicht retten kann.

Alternativen zu PPP

Die Benachteiligung und Ausplünderung des Staates durch PPP lässt sich national wie international verallgemeinern. So ist etwa die Kostenüberschreitung die Regel. Meistens geht die öffentliche Hand auf die Forderungen ein und zahlt. In Großbritannien mussten 15 Prozent der Projekte wegen Kostenüberschreitung nach kurzer Zeit sogar abgebrochen werden. Spektakulär scheiterte das weltweit größte Projekt: Die beiden Konsortien Metronet und Tube Lines (zusammengesetzt aus den Weltkon-

zernen Bombardier, Electricité de France, Ferrovial, Bechtel, Thames Water/RWE und anderen) sollten 30 Jahre lang die Londoner Metro für ein Gesamtentgelt von 44 Mrd. Euro modernisieren und betreiben. Das 28 000 Seiten starke Vertragswerk hatte die Weltliga der Berater – Price Waterhouse Coopers, Freshfields, Ernst & Young, KPMG – ausgearbeitet, für Honorare von etwa 700 Mio. Euro. Das Projekt startete 2003, und schon 2007 forderten die Investoren zusätzlich zur vereinbarten Miete einen Milliardenbetrag und erklärten ihre Insolvenz, als der Staat nicht mehr zahlte. Anschließend musste der Staat die Schulden übernehmen und neu beginnen. Ein Käufer für das marode Projekt fand sich nicht, Schadenersatz der Berater und Investoren war, wie üblich, nicht vereinbart worden.(30)
Als Vorteil für PPP wird „Planungssicherheit“ angegeben; bei traditioneller staatlicher Auftragserteilung sei Kostenüberschreitung die Regel, bei PPP könne eine solche wegen der fest für die gesamte Laufzeit vereinbarten Mieten nicht eintreten. Das klingt gut, die Praxis ist jedoch eine andere, wie das Projekt Londoner Metro zeigt. Durch Preisanpassungsklauseln, das geringe Eigenkapital der jeweiligen Projektgesellschaften und den Zwang, dass bei Insolvenz der Investoren die öffentliche Hand die Folgen übernehmen muss, löst sich dieser versprochene Vorteil nämlich ins Gegenteil auf. Der Investor kann mit Insolvenz drohen, die öffentliche Hand geht notgedrungen auf die Erpressung ein. So stimmten etwa die Städte Rostock und Lübeck zu, dass die Investoren Hochtief und Bouygues die Maut für die von ihnen errichteten und betriebenen Tunnel (Warnow- und Trave-Tunnel) nicht, wie vereinbart, 30 Jahre lang kassieren dürfen, sondern 50 Jahre.

Der Bundesrechnungshof stellt nach der Prüfung von Projekten im Bundesfernstraßenbau (Autobahnabschnitte) fest: Die Investoren setzen prognostisch die Lkw-Maut, die ihnen auf den Teilstrecken als Entgelt zusteht, zu hoch an und verlangen anschließend Ausgleich vom Staat; die Kapitalkosten der Privaten liegen bei 30 Prozent der Gesamtinvestition und damit weit über denen der öffentlichen Hand; die Erhaltung der Straße wird nicht auf den tatsächlichen Lebenszyklus , sondern nur auf die Vertragslaufzeit optimiert; die Logik der PPP-Straßenprojekte läuft auf die Einführung einer allgemeinen Maut auch für Pkw hinaus.(31)
Die Präsidenten der Landesrechnungshöfe warnten schon 2006: „PPP ist mittel- und langfristig ein gefährlicher Weg, weil auch hier die Finanzierungslast in die Zukunft verschoben wird […]. Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten kann, darf sie sich ebenso wenig alternativ finanziert leisten.“(32)
Auch einzelne Landesrechnungshöfe, Haushaltsausschüsse in Landtagen und Kommunen kommen verstärkt zur Einsicht, dass PPP zum Nachteil der öffentlichen Hand ausschlägt.

Inzwischen hat sich auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi nach längerem Zögern zur Kritik durchgerungen. Kritiker haben sich kürzlich zu einem bundesweiten Netz zusammengeschlossen.(33)

Die Bankenrettung und die Konjunkturpakete der Bundesregierung beweisen: Wenn der politische Wille besteht, kann der Staat durchaus Kapital mobilisieren. Warum also tut er dies für die wirtschaftspolitisch fragwürdige Bankenrettung, nicht aber für die dringend gebotene Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und für die Rekommunalisierung der bisher veräußerten öffentlichen Unternehmen?(34)

Selbstverständlich wäre dafür die staatliche Schuldenaufnahme nach bisherigem Muster keine gute und endgültige Lösung. Wir kommen nicht darum herum, das Tabu zu brechen: Der Staat braucht neue, wesentliche Einnahmen: Kapitalgewinne, Kapitaltransaktionen, große Vermögen und Einkommen, von denen es noch nie so viel gab wie heute, müssen höher oder überhaupt erst besteuert werden. Die neue Regierungskoalition der Bankrotteure ist dazu aber offenbar, genau wie ihre Vorgänger, nicht in der Lage.

Dass die Privatisierung der ersten Welle den Staat noch ärmer und abhängiger gemacht, Arbeitsplätze vernichtet, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mit Zusatzkosten belastet und die Leistungen nicht besser gemacht hat, ist heute Mehrheitsmeinung in der Gesellschaft. Dies gilt auch für die Einsicht, dass nur der Staat im Kontext einer kooperativen Ökonomie für die Grundbedürfnisse sorgen kann.(35)

Es ist höchste Zeit, dass die Politik endlich dementsprechend handelt.

---

1) Vgl. Simon Jenkins, Thatcher and Sons, London 2006, S. 87 ff.; ders., Es gibt keinen Blairismus, in: „Blätter“, 6/2007, S. 648-650.
2) Werner Rügemer, „Heuschrecken“ im öffentlichen Raum. PPP – Anatomie eines globalen Finanzinstruments, Bielefeld 2008, S. 13 ff.
3) Einen ersten globalen Überblick gibt Dexter Whitfield, Global Auction of Public Assets, Nottingham 2010.
4) Das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) schätzt den Investitionsstau bis 2020 allein in den deutschen Städten (Kanalisation, Gebäude, kommunale Straßen, Schulen) auf über 700 Mrd. Euro; vgl. difu, Kommunaler Investitionsbedarf 2006-2020, Berlin 2008.
5) Motto des PPP-Führungskräfte-Forums am 18.11.2009 in Wiesbaden, www.rrc-congress.de; vgl. Henry Teitelbaum, PPP – Challenge and Opportunity after the Financial Crisis, London 2009.
6) Outlook for Infrastructure 2009 and beyond, London Juni 2009, www.fresfields.com. Die Kanzlei hat auch die beiden Bankenrettungsgesetze (Soffin und Hypo Real Estate) für die Bundesrepublik entworfen.
7) Deutscher Sparkassen- und Giroverband u.a., PPP-Handbuch – Leitfaden für Öffentlich-Private Partnerschaften, Berlin 2009.
8) FAZ, 10.9.2009; „Handelsblatt“, 9.10.2009.
9) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mobilisierung privater und öffentlicher Investitionen zur Förderung der Konjunktur und eines langfristigen Strukturwandels: Ausbau öffentlicher-privater Partnerschaften, Brüssel, 19.11.2009.
10) Vgl. PPP-Projektdatenbank des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; danach sind etwa 150 weitere Projekte in Vorbereitung.
11) SPD-BT-Fraktion, Öffentlich-Private Partnerschaften. Ein Wegweiser für Kommunen, 2004.
12) Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften, BGBl 2005, S. 2667 ff.
13) Vgl. Faire Wettbewerbsbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften schaffen, BT-Ds. 16/12283, 19.3.2009.
14) www.partnerschaften-deutschland.de; vgl. Verdi-Bundesvorstand, Sachstandsbericht „Partnerschaften Deutschland“, Juni 2008.
15) Cash oder Crash, in: „capital“, 10/2009, S. 49.
16) Vgl. „Der Spiegel“, 29/2009, S. 62.
17) Andreas Pfnür (Hg.), Empirische Untersuchung der Nutzenwirkungen von PPP-Projekten auf den Schulbetrieb am Beispiel der Schulen im Kreis Offenbach, TU Darmstadt, Juni 2009.
18) Vgl. Holger Seikrit, Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Public Private Partnership (PPP), Norderstedt 2009.
19) Werner Rügemer, Die Berater, Bielefeld 2004, S. 33 ff. und 68 ff.
20) Ders., Das Umgehungsgeschäft. EuGH: Kölner PPP-Vertrag ist nichtig, in: „junge welt“, 10.11.2009.
21) Landesrechnungshof Hessen, Jahresbericht 2008, S. 153 ff.
22) FAZ, 12.6.2006; Fr. Rundschau“ 26.9.2006.
23) Bayerische Handwerkskammer, Gefängnisbauten beweisen, daß PPP in die Irre führt, 16.10.2009.
24) Revisionsamt Stadt Frankfurt, Revisionsbericht 03/2005, S. 44; der Bericht wurde dem Stadtrat nicht zur öffentlichen Diskussion vorgelegt.
25) „die tageszeitung“, 12.6.2009; inzwischen wurden Teile des 17 000 Seiten umfassenden Geheimvertrags, verfasst durch die Kanzlei Freshfields, unter www.wikileaks.org veröffentlicht; vgl. „stern“, 49/2009, S. 34 f.
26) Landesrechnungshof Hessen, a.a.O., S. 164 f.
27) Bundesverband PPP, Optimierung von Transaktionskosten öffentlicher Immobilieninvestitionen, März 2009, S. 5.
28) Landesrechnungshof Hessen, a.a.O., S. 157; mit „irischer Bank“ dürfte die Depfa, die Tochtergesellschaft der Hypo Real Estate (HRE), gemeint sein.
29) Einkommensteuergesetz § 6 b; der Hebel beträgt 380 Prozent, das heißt eine Geldanlage von 100 000 Euro befreit stille Reserven von 380 000 Euro von der Steuer.
30) Whitfield, a.a.O., S. 217 und 223; Rügemer, Die Berater, a.a.O., S. 26 ff.
31) Bundesrechnungshof, Gutachten zu ÖPP im Bundesfernstraßenbau, 5.1.2009.
32) Bayerischer Oberster Rechnungshof, PPP-Projekte – Rechnungshöfe warnen vor langfristigen Risiken, 5.5.2006.
33) www.ppp-irrweg.de.
34) Vergl. Tim Engartner in diesem Heft.
35) Vgl. Werner Rügemer, Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz, Münster ^{4}2008, S. 229 f.

Erschienen in „Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2010
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

Wir zahlen nicht für eure Krise

Für eine Solidarische Gesellschaft

Bundesweite Aktionskonferenz Samstag, 17. April 2010, Wiesbaden

Hessischer Landtag, Schlossplatz 1-3 , 65183 Wiesbaden

Wir laden alle BündnispartnerInnen und weitere interessierte Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen zur bundesweiten Aktionsberatung nach Wiesbaden ein (vorläufige Tagesordnung unten). Wir würden uns sehr über „Neuzugang“ freuen, damit das gesamte Spektrum der Protestbewegung gegen die Krisenfolgen zum Ausdruck kommt!
Auf der eintägigen Aktionsberatung wollen wir zum Einen die Situation im Jahr drei der Krise diskutieren und gemeinsam bewerten. Welche Handlungsoptionen bieten sich vor diesem Hintergrund? Welche Strategie wäre für das Krisenbündnis sinnvoll? Zum anderen bietet das Treffen Raum für den Austausch. Die BündnispartnerInnen berichten aus ihren Arbeitszusammenhängen. Außerdem wollen wir die Protestaktionen vom 20. März in Stuttgart und Essen auswerten und die bundesweite Demonstration am 12. Juni in Berlin vorbesprechen.
Es gibt viel zu tun. Im Laufe dieses Jahres wird uns die Krise mit voller Wucht treffen. Nach der Landtagswahl in NRW wird versucht werden, die Kosten der Krise auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Das bedeutet Massenentlassungen, Sozialabbau, weitere Prekarisierung der Arbeit, Mehrwertsteuererhöhung und einen massiven Rückbau der öffentlichen Infrastruktur durch die kommunale Verarmung. Der schwarz-gelben Koalitionsvertrag sieht außerdem einen radikalen Umbau des solidarisch finanzierten Gesundheitssystems vor, dessen wachsende Kosten in Zukunft die Lohnabhängigen alleine tragen sollen. Neben der Kopfpauschale werden auch weitere Steuersenkungen für Unternehmen diskutiert, darunter die Abschaffung der Gewerbesteuer.
An Griechenland wird derzeit vorexerziert, was auch bei uns droht. Dagegen müssen wir einen breiten Widerstand organisieren! Nicht wir – Lohnabhängige, Erwerbslose, RentnerInnen und Jugendliche – werden diese Krise bezahlen! Wir zwingen die Profiteure zur Kasse.
Mit solidarischen Grüßen,
Bundeskoordination „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Anmeldungen an: ver.di Bezirk Stuttgart
e-mail: christel.meyerzuberstenhorst@verdi.de
Tel. 0711 – 1664201, Fax. 0711 - 1664209

Demonstration am 12.6. : www.kapitalismuskrise.org

*Wir dokumentieren hier den Text des Aufrufs für die **Demonstration am 20.3. in Essen**, SiG-Redaktion:*

Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!

Die Krise des Kapitalismus ist nicht vorbei. Prekär Beschäftigte, MigrantInnen und ihre Familien traf es zuerst. Nun beginnen die Massenentlassungen. Die Krise darf aber nicht aus den Taschen von uns Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen bezahlt werden! Wir sind nicht für diese Krise verantwortlich. Ganz im Gegenteil: Wir sind diejenigen, die Tag für Tag durch unsere Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft schaffen. Dieser Reichtum kommt aber nicht uns zugute. Wir sind diejenigen, die tagtäglich der Gefahr von Erwerbslosigkeit und Armut ausgesetzt sind. In den letzten Jahren hat die Politik immer wieder Unternehmenssteuern gesenkt und Massensteuern erhöht. Der Höhepunkt dieser Politik waren die milliardenschweren Finanzpakete für die Banken. Wir brauchen jetzt eine genau umgekehrte Politik. Dafür ist Druck von der Straße nötig!

Am 20. März setzen wir mit unserer Demonstration ein Zeichen des Protests gegen die Last, die uns Lohnabhängigen, Erwerbslosen, RentnerInnen, Jugendlichen und MigrantInnen aufgebürdet wird.

Im Laufe dieses Jahres wird uns die Krise mit voller Wucht treffen. Mittels Leiharbeit, Hartz IV und Studiengebühren sollen wir für diese Krise zahlen. Viele andere Maßnahmen kommen hinzu, andere sind geplant. So gibt es Überlegungen die Lebensmittel demnächst voll zu besteuern. Den Kommunen werden die Gelder gestrichen, Massenentlassungen, auch von Stammbelegschaften, beginnen. Hunderttausende LeiharbeiterInnen sind bereits entlassen. Zudem treibt die Regierung den Sozialabbau immer weiter voran. Nach der „Rente mit 67“ ist die geplante Einführung der Kopfpauschale in der Krankenversicherung die Fortsetzung der Angriffe der letzten Jahre.
Dagegen müssen wir einen breiten Widerstand organisieren!
Nicht wir – Lohnabhängige, Erwerbslose, RentnerInnen und Jugendliche – werden diese Krise bezahlen! **Wir zwingen die Profiteure zur Kasse. Dazu ist der Streik – auch der politische – ein mächtiges Mittel, denn ohne unsere Arbeit gibt es gar keine Profite. Wir fordern:**

- Entlassungsverbot
- Unbefristete Übernahme aller LeiharbeiterInnen und Befristeten zu gleichen Tariflöhnen
- Hartz IV abschaffen – übergangsweise 500€ Eckregelsatz
- Rente ab 60 statt „Rente mit 67“
- Eine Schule für Alle – mit kleineren Klassen und mehr Lehrern
- Studiengebühren abschaffen – Bachelor/Master System reformieren
- Ausbildungsplätze für alle – Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf
- 30 Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Gesetzlicher Mindestlohn von 10 €
- Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland

Die gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfe nehmen an Fahrt auf: Tausende AutomobilarbeiterInnen kämpfen um Ihre Arbeitsplätze. GebäudereinigerInnen und ErzieherInnen gehen auf die Straße, im Juni 2009 demonstrierten rund 250.000 SchülerInnen und StudentInnen für bessere Bildungsbedingungen, im März vergangenen Jahres protestierten 55.000 Menschen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ und mehr als 150.000 Menschen in Kopenhagen und Berlin gegen die rücksichtslose Ausplünderung unserer Umwelt. Gleichzeitig mit unserer Demonstration findet in Essen eine Konferenz der Friedensbewegung statt, mit der wir uns solidarisieren. Der Krieg ist ein Mittel der Profiteure, um neue Absatzmärkte zu erobern, Waffen zu verkaufen und um sich begrenzte Ressourcen zu sichern. Wir sind erklärte GegnerInnen des Krieges.

Wir zahlen nicht für Eure Krise – Zwingen wir die Profiteure zur Kasse
Für eine solidarische Gesellschaft ohne Profitlogik!
Kommt zur Demonstration am 20. März 2010 nach Essen!

Gesamte Liste der Unterzeichner unter:
http://krisendemonrw.wordpress.com/unterstutzerinnen/

Stuttgart: Nicht auf unserem Rücken! Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit
Sämtliche DGB-Gewerkschaften rufen zu einer **Protestaktion am Samstag, 20. März** auf. Siehe dazu den Aufruf beim DGB-Nord-Bawü (pdf) http://www.nordwuerttemberg.dgb.de/mitwirken_gestalten/Archiv/Protestaktion_2003/Aufruf

»Unmut und Empörung wachsen«

Ein Gespräch mit Artur Aschmoneit

Dr. Artur Aschmoneit (ATTAC) engagiert sich im Koordinierungskreis der Demonstration »Wir zahlen nicht für eure Krise!«

Interview von Lenny Reimann

Sie rufen landesweit für Sonnabend zu einer Demonstration unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise!« nach Essen auf. Wie ist es gelungen, ein Spektrum von Gewerkschaften bis zu autonomen Antifaschisten zu einer gemeinsamen Aktion zu bewegen?

Hier haben die guten Erfahrungen seit den Protesten gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm geholfen. Bei den Blockadeaktionen, die sich erfolgreich fortsetzten mit der Verhinderung des »Antiislamkongresses« in Köln und der antifaschistischen Initiative in Dresden, haben wir alle gelernt: Gewerkschafter, dass die jungen Antifas noch was anderes draufhaben als Vermummung, und die wiederum, dass es Leute in den Gewerkschaften gibt, deren politischer Anspruch nicht bei Tarifpolitik endet. So hat sich gegenseitiges Vertrauen in der Aktion aufgebaut. In der Tat habe ich noch nie ein derart solidarisches Verhalten der unterschiedlichen Kräfte erlebt wie bei dieser Demovorbereitung.

Dazu kommt natürlich die objektive Lage der meisten Menschen. Abgesehen von großen Unternehmen und Banken sollen wir alle für die kapitalistische Krise zahlen. Deshalb umfasst unser Aufruf nicht nur Forderungen wie die nach Abschaffung von Hartz IV und die nach Einführung der 30-Stunden-Woche, sondern auch solche wie die nach Rente ab 60, die nach Abschaffung der Studiengebühren und der Übernahme aller Azubis im erlernten Beruf.

Politiker der etablierten Parteien betonen, dass die Weltwirtschaftskrise in der BRD gut gemeistert worden sei. Was entgegnen Sie?

Sie haben aus ihrer Sicht völlig Recht. Noch können sie die immensen Kosten der Krise nach unten delegieren, ohne dass es zu sozialen Unruhen wie etwa in Griechenland kommt. Noch nehmen Beschäftigte mit ein paar Demonstrationen hin, dass sie die Krise mit Tausenden vernichteten Arbeitsplätzen bezahlen sollen. Noch nutzt der DGB das gewaltige Mobilisierungspotential zu wenig, das selbst bei noch wenig Kampferprobten wie bei den Erziehern und den Gebäudereinigern vorhanden ist.

Aber Unmut und Empörung wachsen. Erneut steigende Arbeitslosenzahlen, Nullrunde für Rentner, Kopfpauschalen, nur kosmetische Änderungen im Bildungsbereich schärfen den Blick für die Art, wie die Krise bewältigt werden soll.

Ist die Demonstration als politisches Signal der außerparlamentarischen Bewegung im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes zu betrachten?

Selbstverständlich. Wir merken, dass wir etwas bewegen. Bis auf die FDP als Speerspitze des Asozialen müssen alle etablierten Parteien rumeiern. Der nordrhein-westfälische CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und die CSU geben die Anwälte der kleinen Leute, die SPD oszilliert zwischen Diffamierung der Arbeitslosen und Mindestlohn, und selbst die Grünen denken über ihre Rolle als Kriegspartei und ökologische Fraktion der Besserverdienenden nach. In keiner wichtigen Frage folgt ihnen eine Mehrheit, ob das Hartz IV ist oder die Gesundheitspolitik, ob es die Renten sind oder die deutschen Kriegseinsätze. Hier zahlt sich das beharrliche Wirken außerparlamentarischer Initiativen aus.

Die Partei Die Linke rechnet damit, nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai in den Landtag einzuziehen. Was würden Sie sich von einem Erfolg der Linkspartei erhoffen?

Eine Linkspartei, die nach der Wahl die außerparlamentarische Bewegung so unterstützt wie jetzt bei dieser Demo, wäre ein Gewinn. Nun lehrt die Erfahrung, dass dies kein Automatismus ist. Die Frage, ob Die Linke Kapitalismus und Krise »mitgestalten« will oder sich die Option auf ein anderes, gerechtes Gesellschaftsmodell offen hält, ist keineswegs entschieden.

Einerseits ist dies eine Überlebensfrage der Partei im Westen. Bei Rückbesinnung der SPD auf sozialdemokratische Werte gibt es keinen Platz für eine weitere sozialdemokratische Partei. Andererseits kann es verheerende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima haben, wenn Die Linke die Erwartungen ihrer Wähler etwa durch unkluge Regierungspolitik enttäuscht – Italien lässt grüßen.

Linke Politik lässt sich in Parlamenten und Regierungen nur umsetzen, wenn es anhaltenden Druck auf den Straßen und in den Betrieben gibt. Noch immer gilt: Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun – und auch keine Linksfraktion. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.

http://www.jungewelt.de/2010/03-19/048.php

Nazi-Anschlag auf Attac-Aktivisten - Solidaritätserklärung von Attac Deutschland

In der Nacht vom 4. auf den 5. März haben Unbekannte einen Brandanschlag auf das Haus der Familie von Joachim Schäfer in Wetzlar verübt. Joachim Schäfer engagiert sich seit Jahren gegen die Abschiebung von Flüchtlingen und mit anderen Attac-Aktiven im Wetzlarer Bündnis gegen Nazis. In diesem Zusammenhang gab es neben Morddrohungen bereits zwei Farbattacken auf das Haus der Familie, das auch mit Hakenkreuzen beschmiert wurde. Der Brandanschlag hatte nur durch glückliche Umstände keine Todesopfer zur Folge.

Dieser Vorfall steht im Kontext der gefährlichen Zunahme rechter Gewalt in unserer Gesellschaft, die sich auch immer wieder gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten richtet. Seit der Wende sind 130 Menschen Opfer rechter Gewalt geworden und alle 26 Minuten geschieht in Deutschland eine rechtsextrem motivierte Straftat.

Engagement gegen Rechts ist außerordentlich wichtig und elementarer Bestandteil der politischen Arbeit von Attac. Zivilcourage und aktiver Widerstand gegen alle Formen des Faschismus sind gefragt – dies hat auch die Blockade gegen den Naziaufmarsch in Dresden im Februar 2010 gezeigt. Denn Nationalismus, Ausgrenzung und rechte Gewalt sind das Gegenteil von Globalisierungskritik und Internationalismus. Attac solidarisiert sich mit den Opfern des Brandanschlags und fordert alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich entschieden und offen jeder Form von Rechtsextremismus und rechter Gewalt entgegenzustellen.

Der Koordinierungskreis von Attac Deutschland, 10. März 2010

Helga Schwitzer zum internationalen Frauentag

"Jeden Schritt in Richtung Gleichberechtigung erkämpfen"

Frauen in Deutschland verdienen 23 Prozent weniger als Männer. In kaum einem EU-Land ist das Lohngefälle so groß wie hier. In Betrieben mit Betriebsrat fällt der Unterschied etwas geringer aus. Was tut die IG Metall für mehr Entgeltgerechtigkeit?

Noch viel mehr als ein Betriebsrat, mindert die Tarifbindung den Entgeltunterschied. Das weist darauf hin, dass wir mit einer geschlechtergerechten Tarifpolitik einiges erreichen können. Das zeigen auch unsere Entgeltrahmentarifverträge. Körperliche Belastungen, die in der Vergangenheit immer wieder als Beispiel für eine ungerechte und unfaire Arbeitsbewertung von Frauen zitiert wurden, sind endlich nicht mehr eingruppierungsrelevant. Wir hätten gerne noch mehr erreicht. Aber in den Verhandlungen standen wir Arbeitgebern gegenüber, die diese Verhandlungen eher dazu nutzen wollten, Einkommen zu senken. Ein anderes Einfallstor für die schlechteren Einkommen von Frauen sind die Schmalspurausbildungen, die die Arbeitgeber vermehrt anbieten wollen. Vor kurzer Zeit haben wir erst eine Protestaktion gegen die zweijährige Ausbildung im Bürobereich gestartet. Die Unterschriftenaktion läuft noch.

Wie wirkt sich die Familienplanung auf das Lohngefälle aus?
Untersuchungen zeigen immer wieder, dass sich vor allem Mütter, die erwerbstätig sind, Arbeitsplätze suchen, in denen sich Kindererziehung und Erwerbsarbeit gut vereinbaren lassen. Für dieses Ziel verzichten sie auch schon mal auf ein höheres Einkommen. Dieses Dilemma ist aber kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem. Wir brauchen bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten und wir brauchen bessere Arbeitszeitmodelle in unseren Betrieben. Auch der aktuelle Vorschlag der Ministerin Schröder zu einer Familien-Pflegezeit geht an der Realität vieler erwerbstätiger Frauen vorbei. Denn eine Reduzierung der Arbeitszeit um 50 Prozent und eine Absenkung der Entgelte um 25 Prozent berücksichtigt nicht, dass fast jede zweite Frau Teilzeit arbeitet und jede dritte Geringverdienerin ist. Für sie ist dieses Modell keine Lösung. Darüber hinaus wird mit diesem Vorschlag die Pflege wieder individualisiert und privatisiert, was schon in der Vergangenheit meist zu Lasten der Frauen ging. Umso wichtiger ist, dass Kinderbetreuung, Pflege und passgenaue Arbeitszeiten immer mehr Thema in unserer Tarifpolitik werden.

Fast jede dritte erwerbstätige Frau arbeitet als Ein-Euro-Jobberin, Mini-Jobberin oder Leiharbeiterin im Niedriglohnsektor. Würde ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn die Frauen aus der prekären Arbeitssituation befreien?
Unser Ziel ist es zunächst, tarifliche Mindestentgelte durchzusetzen. Da stoßen wir allerdings bei einigen Arbeitgebern, aber auch in der Politik, auf Granit. Als unterste Grenze wollen wir gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir werden unsere Forderung von 7,50 Euro auf dem DGB Bundeskongress auf 8,50 Euro erhöhen. Dieser würde auch für Frauen einen Schutz vor weiterem Lohndumping bedeuten. Das wäre aber nur ein allererster Schritt, dem weitere qualitative folgen müssten. Regelungen im Arbeits-, Sozial- und im Steuerrecht, die die "Frauenerwerbstätigkeit" behindern, müssen weg. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden.

Der diesjährige Frauentag fällt in die tiefste Krise seit 1920. Vor allem Frauen drohen in der Krise an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt zu werden. Was kann die IG Metall tun, damit Frauen in der Krise nicht auf der Strecke bleiben?
Langfristig fordern wir, die Krise als offenes Zeitfenster zum Umsteuern zu begreifen. Die Märkte, vor allem die Finanzmärkte, müssen reguliert werden. Der Staat muss wieder eine stärker steuernde und sozial ausgleichende Rolle einnehmen. Die Wirtschaftsordnung muss nach humanen Kriterien umgestaltet werden: Sozial, ökologisch nachhaltig und geschlechtergerecht. Außerdem müssen wir als IG Metall die Betriebsräte unterstützen, indem wir sie über Diskriminierungspotenziale aufklären und den Geschlechterblick schärfen. Die Werkzeuge der IG Metall zur Krisenbewältigung müssen geschlechtersensibel angewendet werden.
Frauenpolitisch relevante Ziel- und Problemgruppen sind vor allem Angelernte in gewerblichen Bereichen, Teilzeitbeschäftigte, Verwaltungsangestellte sowie Beschäftigte mit Familienpflichten. Insbesondere Frauen in (längerer) Elternzeit dürfen nicht aus dem Blick verloren werden. Sie gehören nach wie vor zur Belegschaft. Als Reaktion auf die Krise geht es darum, Beschäftigung zu sichern und Arbeitsplatzabbau zu verhindern bzw. zu verringern.
Der Staat muss geschlechterrelevante Aspekte berücksichtigen: Öffentliche Investitionen an Sozialstandards zu binden, heißt dann auch, sie an Frauenförderung und Gleichstellungsstandards zu knüpfen.

Vor genau 100 Jahren beschloss die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, jährlich einen Internationalen Frauentag zu begehen. Für das Wahlrecht gingen 1911 mehr als eine Million Frauen auf die Straße. Sind die Frauen heute kampfmüde geworden?
Ich sehe es nicht so. Frauen von heute sind genauso kämpferisch. Und sie haben auch viel bewegt. In Ortsfrauenausschüssen, in Betriebräten, in Jugend- und Auszubildendenvertretungen oder in Ortsvorständen haben wir sehr aktive und kompetente Kolleginnen. Gewerkschaftsfrauen vor Ort ist es vor allem zu verdanken, dass der Anteil der Frauen in den Betriebsratsgremien deutlich gestiegen ist. Heute allerdings ist die Ausgangssituation oft komplizierter. Heute ist es oft schwierig, die immer noch erfolgende Diskriminierung und Ungleichbeihandlung zu erkennen - geschweige denn diese nachzuweisen.
Oft ist sie nicht einmal in der Lebenswirklichkeit der Frauen selbst zu spüren. Zahlreiche statistische Untersuchungen und Erhebungen, vom Statistischen Bundesamt, der OECD, der EU, oder der Weltbank belegen stets aufs Neue: von gänzlicher Gleichstellung kann keine Rede sein. Auch in Deutschland. Auch im 21. Jahrhundert.

Die norwegische Journalistin und Autorin Grethe Nestor hat es auf den Punkt gebracht: Die größte Gefahr für die Gleichberechtigung ist der Mythos, wir hätten sie schon. Formal haben wir die gleichen Rechte. Wenn es nach dem gedruckten Wort in unseren Gesetzesbüchern ginge, dürfte es eigentlich keine Gleichstellungsprobleme mehr geben. Formal dürfen wir alles, formal haben wir alle Chancen.
Doch wir wissen auch: Wir müssen jeden Schritt in Richtung Gleichberechtigung erkämpfen. Die Frauen in der IG Metall tun alles dafür, damit sie und ihre Kolleginnen in der Krise nicht auf der Strecke bleiben. Dafür werden wir gemeinsam noch einiges bewegen!

Vollständiger Text unter
http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-0A456501-65FE5600/internet/style.xsl/view_3728.htm
Helga Schwitzer ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall,
S. auch:
http://frauen.verdi.de/themen/tarifpolitik/mindestlohn

13.3. Frauendemonstration in Bern im Rahmen vom weltweiten Frauenmarsch

Die nächsten weltweiten Aktionen sind im Oktober.
http://www.mmf2010.info/our-action?set_language=en
http://www.marchemondiale.org/index_html/fr
http://www.marchemondiale.ch/

Die Frauenmärsche haben
vier Schwerpunkte:
- Gemeinschaftsgüter
und Zugang zu den Ressourcen
- Frieden und Entmilitarisierung
- Frauenarbeit (für die wirtschaftliche
Autonomie der Frauen)
- Gewalt gegen Frauen

Attac Deutschland Fakten zur Kinderarmut

Deutschland zählt zu den reichsten Ländern der Welt und dennoch ist fast jedes vierte Kind in Deutschland arm! Zum Vergleich: In Dänemark beträgt die Kinderarmutsquote lediglich drei Prozent!(1) Nicht nur, dass in Deutschland besonders viele Kinder von Armut betroffen sind, im internationalen Vergleich verfestigt Kinderarmut in Deutschland soziale Gegensätze und führt in einen Armutskreislauf. In kaum einem anderen Land ist die Wirkung der sozialen Herkunft auf die Bildungsbiographie so ausgeprägt.(2) Im Bildungsland Deutschland ist Armut vererbbar und macht kluge Kinder dumm.

Auffällig häufig betroffen sind Kinder, deren Eltern (dauer)arbeitslos sind, die von einem alleinerziehenden Elternteil betreut werden oder in einer Familie mit drei oder mehr Kindern aufwachsen. Dazu kommt eine rassistische Komponente, denn ein fast doppelt so hohes Risiko in die Armutsspirale zu geraten haben Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Auch das soziale Gefälle zwischen „Ossis“ und „Wessis“ hat sich verfestigt: In den neuen Bundesländern ist die Kinderarmutsquote mehr als doppelt so hoch wie im Westen - 29,7 Prozent der Kinder erhalten ALG-II. In Westdeutschland sind es „nur“ 13,8 Prozent! Kinder in ostdeutschen Städten leiden ganz besonders: Schwerin hat eine Kinderarmutsrate von 41,6 Prozent, Görlitz 42,7 Prozent, Hoyerwerda 42,6 Prozent!(3)

Besonders perfide ist die mit der Armut einhergehende Stigmatisierung armer Kinder und ihrer Eltern, denen unterstellt wird, Transfergelder ihrer Kinder für eigene Bedürfnisse Zweck zu entfremden. Diese Unterstellungen entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage, finden jedoch immer wieder Eingang in die politische Diskussion. Empirische Daten belegen das Gegenteil: Ein Großteil der Eltern bemüht sich auch in Notlagen, die Kinder möglichst wenig unter der eigenen Geldnot leiden zu lassen.(4)

Auch die populistische Unterstellung der „Faulheit“ von Hartz IV EmpfängerInnen muss ins Reich der Fabeln verwiesen werden. Arbeit und Armut schließen sich in Deutschland nicht aus. 10 Prozent (!) aller Kinder mit einem vollerwerbstätigen Elternteil sind dennoch arm! Es ist nicht wahrscheinlich, dass sich die Erwerbssituation dieser Familien ändert. Im Gegenteil: Bereits jetzt arbeitet ein Drittel aller Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor ohne die Chance auf ein Leben jenseits der Armut und es steht zu befürchten, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.(5)

Die Folgen der Armut berühren alle Lebensbereiche. Studien belegen, dass arme Kinder in Deutschland neben mangelnden Bildungschancen unter vielen Einschränkungen leiden. Sie sind häufiger krank, kommen oft hungrig in die Schule oder KiTa und werden besonders häufig schon im Kindergarten von Gleichaltrigen gemieden. Arme Kinder leiden besonders oft unter psychischen Erkrankungen, wie Depressionen, und werden häufiger als nicht-arme Kinder zu Opfern oder Tätern von Gewalttaten. Das Robert-Koch-Institut vergleicht in seiner Studie (KiGGS) den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen und kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder aus armen Familien in allen Bereichen von Gesundheit und Lebensqualität die schlechtesten Ergebnisse vorweisen.(6)

Das ist nicht hinnehmbar! Wir sagen: Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, das muss sich niemand verdienen, das ist Teil des Menschseins, ist Menschenrecht.
Es ist genug für alle da!

1)OECD-Studie „Growing Unequal“, 2008
2) Vergl. PISA Konsortium Deutschland 2004, 2007
3) Maksim Hübenthal, „Kinderarmut in Deutschland“, Bundesjugendkuratorium, 2009,
http://www.dji.de/bibs/21_expertise_huebenthal_kinderarmut_2009.pdf
4) Werner Wüstendörfer, „Dass man immer nein sagen muss“ Eine Befragung der Eltern von Grundschulkindern mit Nürnberg-Pass. Hrsg Stadt Nürnberg 2008
www.soziales.nuernberg .de/pdf/Befragung_Nuernberg_Pass.pdf
5) BMAS 3. Armuts - und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2008
http://www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf
6) 3. AWO-ISS Studie „Gute Kindheit– Schlechte Kindheit“ 2003-2005,
http://www.awo.org/fileadmin/user_upload/pdf-dokumente/ISS-Studie_Zukunftschancen-fuer-Kinder.pdf

http://www.attac-netzwerk.de/wismar
http://www.kostenlosundvollwertig.tk/

Attac Österreich

Essen für Konzernprofite? „European Food Declaration"

Für ein nachhaltiges Agrarsystem und gesunde Lebensmittel

180 europäische Organisationen fordern eine breite öffentliche Debatte über die Agrarpolitik der EU

Das industrialisierte Agrar- und Lebensmittelsystem ist in der Krise. Es ist abhängig von Erdöl und trägt zum Klimawandel bei. Es gefährdet die Fülle kleinbäuerlicher Strukturen und den Reichtum lokaler Esskulturen. Es lässt den Anbau gentechnisch manipulierter Lebensmittel zu. Es gefährdet die biologische Vielfalt. Es erzeugt in den Ländern des Südens Hunger und macht in Industrieländern krank.

Eine breite Allianz aus über 180 europäischen Organisationen* präsentiert daher heute europaweit die **"European Food Declaration - Für ein nachhaltiges Agrarsystem und gesunde Lebensmittel".** Die Organisationen vertreten die Interessen von KonsumentInnen sowie Bauern und Bäuerinnen in ganz Europa.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über eine Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) der EU rufen die Organisationen nicht nur dazu auf, die Deklaration zu unterzeichnen. Die Deklaration soll eine breite öffentliche Diskussion über die Zukunft der europäischen Landwirtschaft anstoßen. Um gesunde und leistbare Lebensmittel und den Schutz der Umwelt für alle Menschen zu verwirklichen brauche es eine Demokratisierung der Debatte, sind sich die Organisationen einig.

„Gesundes Essen ist ein universales Menschenrecht und keine Ware. Gesunde Lebensmittel, nachhaltige Landwirtschaft und kulturelle Vielfalt müssen höher bewertet werden als billige Massenproduktion und die „globale Wettbewerbsfähigkeit" von Agrarkonzernen. Nicht Konzerne wie BASF, Syngenta, Monsanto und Nestlé sondern die Menschen in Europa sollen die Lebensmittel- und Agrarpolitik bestimmen", fordert Alexandra Strickner von Attac Österreich

„Die Machtkonzentration in Lebensmittelverarbeitung und Einzelhandel muss verringert werden. Die GAP muss regionale Wirtschaftskreisläufe und lokal und saisonal produzierte Qualität fördern. Dies würde ein sicheres Einkommen für Bauern und Bäuerinnen, leistbare Preise für KonsumentInnen und den Schutz der Boden- und Wasserressourcen ermöglichen", sagt Irmi Salzer von der ÖBV-Via Campesina Austria.

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie die europäische Agrar- und Lebensmittelpolitik die Interessen der Konzerne bedient. *„Die Zulassung der Gentech-Kartoffel Amflora seitens der EU-Kommission Anfang März ist ein Kniefall vor der Gentech-Lobby. Gegen den Willen der europäischen Bevölkerung und entgegen aller wissenschaftlichen Warnungen will uns die Kommission mit den Gentech-Pflanzen zwangsbeglücken",* empört sich Jens Karg von GLOBAL 2000.

Auch Roman Liebhart von BIO Austria ist über den „Sündenfall Amflora" entsetzt: *„Diese Vorgangsweise schadet der Landwirtschaft und den KonsumentInnen. Wir Biobauern und -bäuerinnen fordern daher eine nachhaltige europäische Agrar- und Lebensmittelpolitik, die Gentechnikfreiheit garantiert und den Bäuerinnen und Bauern die Kontrolle über ihr Saatgut ermöglicht."*

http://www.attac.at/8687

Deklaration:
www.europeanfooddeclaration.org

*Siehe:
www.europeanfooddeclaration.org/who-are-we
** In Österreich: ÖBV-Via Campesina Austria, GLOBAL 2000, Südwind, Dreikönigsaktion, Attac, Slow Food Linz, SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil, Agrarbündnis, FIAN Austria, Gewerkschaft PRO-GE, ARGE Schöpfungsverantwortung, WWOOF Österreich, ARCHE NOAH, BIO Austria*

Europäische Saatgut-Tagung, ?Kulturpflanzenvielfalt für alle?, 25.-27.3. in Graz/Österreich

In der Auseinandersetzung um geistige Eigentumsrechte auf Saatgut ist das Jahr 2010 entscheidend. Die EU will ein europaweit einheitliches Saatgutrecht verabschieden. Werden in Zukunft auf dem Saatgutmarkt ausschließlich industrielle Sorten verfügbar sein, während regionale und bäuerliche Sorten nur noch in Museen und Schaugärten zu finden sind?
Die verabschiedete EU-Erhaltungssortenrichtlinie für nichtindustrielle Sorten erschwert oder verbietet bereits die Verbreitung der alten Sorten durch geographische und quantitative Beschränkungen.
In den letzten Jahren haben sich in vielen Ländern Europas Saatgutinitiativen zusammengeschlossen und sich unter "Let's liberate diversity!" auch grenzüberschreitend organisiert. Die europäischen Saatgutinitiativen aus zehn Ländern haben Gegenvorschläge ausgearbeitet, wollen diese in Graz untereinander abstimmen und den Widerstand europaweit vernetzen.
http://www.saatgutkampagne.org/PDF/Graz2010-Programm-DT.pdf

?Frisch serviert vom Krisenherd?, Über Agrarpolitik von Oben und Widerstand von Unten - Viva La Via Campesina!? Veranstaltungsreihe bis 19.4. in Berlin

Laut FAO gibt es heute über eine Milliarde Hungernde. Im Namen von ´Wachstum und Fortschritt´ werden immer mehr Menschen von ihrem Land vertrieben und ihre Lebensgrundlagen zerstört. Ernährung, Landwirtschaft und Agrarpolitik stehen im Zentrum unzähliger globaler Krisenherde. Betroffen ist vor allem der globale Süden, aber auch im globalen Norden mehren sich die Konflikte.

An vielen Orten formiert sich zunehmend Widerstand, werden Alternativen entwickelt und praktiziert. Eine treibende Kraft darin ist das weltweite bäuerliche Netzwerk `La Via Campesina´.
Im Rahmen der Veranstaltungsreihe wollen wir informieren und mit euch diskutieren.

Ein detailliertes Programm findet sich hier:
http://globale-landwirtschaft.net/programm

Widerstand in Honduras

Gespräch mit Bertha Oliva, Koordinatorin der Menschenrechtsorganisation COFADEH (Komitee der Angehörigen von verschwundenen Verhafteten in Honduras).

(…) Honduras ist weitgehend aus der aktuellen Medienberichterstattung verschwunden. Man könnte den Eindruck gewinnen, das Land habe sich mit der neuen Regierung abgefunden.

Jeder, der behauptet, dass die Opposition mit dem Amtsantritt von Lobo den Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat, lügt. Das Gegenteil ist der Fall: Der Widerstand gegen das Regime geht nicht nur weiter, sondern wird nach wie vor vom größten Teil der Bevölkerung unterstützt. Zwei Ereignisse innerhalb der letzten Wochen belegen das eindrucksvoll. Am 27.Januar, dem Tag der Amtseinführung von Lobo, gingen 80000 Menschen auf die Straße, um ihre Ablehnung der Regierung zu demonstrieren. Und am 25.Februar folgte fast die gleiche Anzahl an Menschen dem Aufruf der Lehrergewerkschaft und demonstrierte in Tegucigalpa für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Wie reagiert die Regierung?

Die Antwort auf den Widerstand ist Repression. Diese hat sich sogar verschärft, und es handelt sich nicht um Einzelfälle. Die Oppositionsbewegung ist mit gezielten und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung und deren Sicherheitsapparate konfrontiert. In nur einem Monat unter Lobo sind nachweisbar fünf politische Aktivisten ermordet worden. Außerdem wurden zwei Bauern bei anscheinend inszenierten Autounfällen getötet. Darüber hinaus haben wir etwas mehr als 200 Menschenrechtsverletzungen registriert. Die reichen von Zwangsräumungen in Gebäuden oppositioneller Organisationen über Ausbürgerungen und Festnahmen politischer Aktivisten bis zu Fällen schwerer Folter. Das von den Medien transportierte Bild eines sich normalisierenden Honduras' ist einfach nicht wahr. Und deshalb darf es nicht hingenommen werden, dass es Länder gibt, die Honduras als demokratischen Staat anerkennen.

Was ist Ihr Anliegen in Europa?

Wir wollen über Menschenrechtsverletzungen in Honduras informieren. Dazu kamen wir unter anderem mit Vertretern des Europäischen Parlaments zusammen. In den Gesprächen ging es natürlich auch um die Frage, wie sich Brüssel gegenüber der seit etwa einem Monat amtierenden Regierung um Porfirio Lobo verhält. Man hat uns unmißverständlich zu verstehen gegeben, dass die EU das Regime über kurz oder lang anerkennen wird.
(Mit der Anerkennung des Regimes Mitte Februar) hat Madrid klargestellt, daß ihm Freihandelsinteressen wichtiger sind als Menschenrechte. Spanien, das momentan die EU-Ratspräsidentschaft innehat, spielt die führende Rolle bei den laufenden Freihandelsverhandlungen zwischen Brüssel und Zentralamerika. Diese waren nach dem Putsch in Honduras vom 29. November bis auf weiteres auf Eis gelegt worden, doch inzwischen wurden die offiziellen Gespräche wieder aufgenommen. Die Anerkennung durch Spanien ist eine wichtige Voraussetzung für einen Abschluss. Die Entscheidung ist eine klare Botschaft an die Putschisten, dass das, was in Honduras geschehen ist, international nicht geahndet wird.
Aus: junge Welt, 6. März 2010

Harald Neuber :

Widerstand in Honduras plant Volksbefragung

Die Demokratiebewegung in Honduras erhöht den Druck auf die Regierung. Das zentrale Protestbündnis, die Frente Nacional de Resistencia Popular (FNRP) kündigte eine Umfrage über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung an.

Die Volksbefragung soll am 28. Juni stattfinden, dem ersten Jahrestag des Militärputsches gegen die letzte demokratisch gewählte Regierung unter Führung des liberalen Politikers Manuel Zelaya. Die militärische Erhebung hatte damals eine landesweite Befragung über die Einberufung einer Verfassungsversammlung verhindert. Die Umfrage war von der Zelaya-Regierung initiiert worden. Die verfassungsgebende Versammlung ist weiterhin einer der wichtigsten Forderungen der FNRP, die unmittelbar nach dem Staatsstreich gegründet wurde.
Vom 12. bis zum 14. März fand der zweite landesweite Kongress »für die Neugründung von Honduras« in La Esperanza statt. **(http://voselsoberano.com)**

Aus: Neues Deutschland, 11. März 2010

In wessen Dienste die Putschisten und ihre Nachfolger handeln, zeigen wir an drei Beispielen (SiG-Redaktion)

Parlament beschließt Austritt des Landes aus der Bolivarischen Allianz (ALBA)
Der von den Putschisten kontrollierte Kongreß von Honduras hat am Dienstag (12. Jan.) mit der Mehrheit von Liberalen und Nationalisten den Austritt des zentralamerikanischen Landes aus der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA) beschlossen. Damit bestätigten die Abgeordneten, deren Mandat Ende des Monats ausläuft, ein entsprechendes Dekret von Putschpräsident Roberto Micheletti und hoben zugleich ihre eigene Entscheidung von 2008 auf, als dieselben Parlamentarier für den von Präsident Manuel Zelaya unterzeichneten Beitritt des Landes zu der auf Initiative Kubas und Venezuelas gegründeten Staatengemeinschaft gestimmt hatten.
André Scheer; *junge Welt, 14. Januar 2010*

In Honduras beginnt die Wasserprivatisierung.
Der José Cecilio del Valle-Staudamm samt Kraftwerk versorgt 120,000 Menschen mit Trinkwasser. Er gehörte bisher dem Staat, wird aber bald privatisiert sein. Der letzte Tag, an dem der Diktator Roberto Micheletti dem Unterdrückungsregime vorstand, bewilligte er bestimmte Gesetzesvorschriften über öffentliche Bauwerke, unter denen sich auch das Kraftwerk befand.
Angesichts des Anspruchs des unrechtmäßigen Parlaments Honduras, das Wasser zu privatisieren, indem es Staudamm und Kraftwerk an eine italienische Gesellschaft verkaufte, haben die Bewohner der 90 im Süden des Landes gelegenen Gemeinden gedroht, die Anlagen zu besetzen und die Anfahrtstrassen zu blockieren (Februar 2010).
http://www.tercerainformacion.es/spip.php?article12988

Putschgeneral übernimmt Telefonkontrolle
Der honduranische Armeegeneral Romeo Vásquez Velásquez, der Ende Juni vergangenen Jahres Manuel Zelaya gestürzt hat, ist zum Geschäftsführer der honduranischen Telekommunikationsgesellschaft Hondutel ernannt wurden.
Gegen ihn liegen zahlreiche Anklagen wegen Menschenrechtsverbrechen vor.
. Mit der Ernennung des Putschgenerals *"übernehmen die Putschisten die notwendige Infrastruktur, um die Gegner des Putsches bis in ihre Privatsphäre hinein zu überwachen"*, sagte ein Diplomat des mittelamerikanischen Landes im Gespräch mit amerika21.de. Dies gelte insbesondere für die Mitglieder der Widerstandsfront, dem zentralen Bündnis der demokratischen Gruppen.
http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2010/maerz/hondutel-8365484-vasquez/

Via Campesina, Jubilee Sur, MST Brasilien und viele mehr:

Ein gigantisches Netzwerk von Militärbasen breitet sich über die ganze Welt aus.

Keine ausländischen Militärbasen!

Wir - Mitglieder von Bewegungen, Netzwerken und anderen Organisationen aus Lateinamerika – haben uns aus Anlass der Feier des 10. Geburtstages des Weltsozialforums in Porto Alegre, Brasilien, versammelt.

Angesichts einer neuen aggressiven Eskalation des Imperialismus schließen wir uns erneut in einer Kampagne zusammen, die derjenigen gleicht, die wir gegen die ALCA (Amerikanische Freihandelszone) organisiert haben, um zu bestärken, dass Lateinamerika eine friedliche Region ist, und um „*NEIN*“ zu ausländischen Militärbasen zu sagen!

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat Lateinamerika einen Wandlungsprozess durchlaufen. Der Kampf für Unabhängigkeit, Rechte und das Wohlergehen seiner Bevölkerung verstärkt sich. Gleichzeitig wachsen durch den Imperialismus der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten die Bedrohungen der Völker. Eine konservative Reaktion zu den entstehenden politischen Änderungen bildet sich heraus.

In diesem Zusammenhang registrieren wir folgende Ereignisse:

– wachsende Anzahl von Militärbasen: Errichtung von sieben Basen auf kolumbianischem Territorium und Unterzeichnung von Verträgen mit Panama zur Errichtung von 11 Militärbasen;

– militärische Invasion unter dem Deckmantel von humanitärer Hilfe nach der Katastrophe von Haiti;

– Reaktivierung der Vierten Flotte der US Marine, bewaffnet mit Atomwaffen, mit dem Ziel, in den reichen Gewässern von Lateinamerika und der Karibik zu patrouillieren;

– Putsch-Versuche wie in Honduras, mit der logistischen Unterstützung der amerikanischen Militärbasis von Palmerola;

– Destabilisierungspläne gegenüber Ländern wie Paraguay, Bolivien und Venezuela;

– Intensivierung von Kampfhandlungen und Aufrechterhaltung des Embargos gegen Kuba

– Kriminalisierung der sozialen Kämpfe.

Die Intensivierung der militärischen Präsenz der USA in der Region hat nicht nur zum Ziel, einschüchternd auf die politischen Veränderungen in der Region zu wirken. Die US-Streitkräfte werden auch an strategisch wichtigen Orten mit natürlichen Ressourcen positioniert, wie z.B. im Amazonas mit seiner Artenvielfalt und im Südatlantik mit seinem Öl. All das gefährdet eindeutig den Frieden, die Sicherheit und die Unabhängigkeit aller Länder der Region.

Ganz im Gegensatz zu dem, was von den herrschenden Cliquen und konservativen Kräften behauptet wird, ist die Welt nicht zu einem friedlichen, sicheren oder stabilen Ort geworden. Ernsthafte Bedrohungen kommen auf die Menschheit zu und stellen eine Gefahr für den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Unabhängigkeit aller Länder und Völker der Region dar.

In Zentralasien stellen die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten noch mehr Truppen auf, und intensivieren die Besetzung und Kriege, darunter auch Luftangriffe und zerstöreris che Aktionen gegen die Zivilbevölkerung. Irak ist immer noch ein Unruheherd, der zum Prototyp einer neuen Art militarisierten Kolonialismus geworden ist, eröffnet in der Bush-Ära und von der Regierung Obamas fortgesetzt.
In Palästina ist das gemarterte Volk, dessen Gebiet vom Staat Israel besetzt ist, ein Opfer des Völkermordes, der mit dem Einverständnis und unter Duldung der Vereinigten Staaten und Europas geschieht.

Während internationales Recht gebrochen wird, erreicht die Militarisierung ein nie da gewesenes Ausmaß. Militärausgaben wachsen, Atomwaffen vermehren sich, die Vereinigten Staaten entwickeln neue Arten von Raketenabwehr-Systemen, die NATO setzt ihre aggressive Rolle durch, die Flottenpräsenz von imperialistischen Ländern im Indischen Ozean wächst, während Afrika durch der Erschaffung von AFRICOM, dem militärischen Kommando der Vereinigten Staaten für den Kontinent, immer verwundbarer wird. Ein gigantisches Netzwerk von Militärbasen breitet sich über die ganze Welt aus.

Es ist nicht die Welt, die all diese Macht zusammenballung braucht, sondern es ist das Wirtschaftssystem, welches das Imperium dem Rest der Welt aufzwingt. Es sind die gleichen Ziele, die auch bisher das imperialistische System aufrechterhalten haben – die Kontrolle von ökonomischen Ressourcen und nationalen Reichtümer, die Herrschaft über die Märkte, und die Bekämpfung sozialen Wandels.

Die wachsende Militarisierung, verkörpert durch mehr als 800 US-Militärbasen weltweit, ist Teil einer imperialistischen Strategie, um mit der wirtschaftlichen und politischen Krise umzugehen, das wirtschaftliche Modell zu erhalten und seine Rolle als Welt beherrschende Macht beizubehalten – wenn nötig wird auch Gewalt angewandt, um diese Ziele zu erreichen.

Unsere sozialen Organisationen verurteilen zutiefst die Eskalation des Militarismus. Wir nehmen Demokratie, Solidarität und die Verteidigung des Friedens sehr sehr ernst. Den Völkem wird bewusst, dass Frieden, im Gegensatz zur Militarisierung und imperialistischen Kriegen, nicht nur etwas ist, das mit Leidenschaft zu verteidigen sich lohnt, sondern auch ein unabdingliches Mittel, um das Überleben und die Entwicklung der Menschheit zu garantieren, mit sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, universellen Rechten, nationaler Unabhängigkeit und gerechter Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Wir bekräftigen in diesem Moment, dass Haiti keine militärische Intervention braucht, sondern den Respekt vor seiner Unabhängigkeit. Wir rufen alle Länder dazu auf, solidarisch zusammen zu arbeiten, und dem Volk von Haiti Ärzte, Lehrer und andere Spezialisten zur Verfügung zu stellen.

Als patriotische Lateinamerikaner, zur Solidarität unter Völkern verpflichtet, wollen wir unseren Beitrag zur Erfüllung all dieser ehrenhaften Ziele liefern, und **Lateinamerika in ein friedliches Gebiet umwandeln, frei von ausländischen Militärbasen**.

Internationale Organisationen
Consejo Mundial por la Paz - CMP
Alianza Social Continental - ASC
Vía Campesina - CLOC
Encuentro Sindical Nuestra América
Marcha Mundial de Mujeres - MMM
Jubileo Sur - Américas
Compa, FDIM , OCLAE, OSPAAAL
Nationale Organisationen
Mopassol – Argentina, Cebrapaz - Brasil
MST – Brasil, CUT – Brasil
UBM _ Brasil, CONAM – Brasil
CTB – Brasil, MAB
Consulta Popular, Asamblea Popular
UJS – Brasil, MOVPAZ –CMLK – Cuba
Frente nacional de Resistencia- Honduras
http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=8003

Übersetzung: coorditrad, Gabriela Greif

Eugen Drewermann

"Krieg dient niemals dem Frieden"

Rede auf der Friedenskundgebung am 20. Februar 2010 in Berlin

Am 20. Februar, wenige Tage vor der Abstimmung über das neue Afghanistan-Mandat im Bundestag, protestierte die Friedensbewegung mit einer vielbeachteten Kundgebung und Demonstration gegen den Krieg (Motto: "Kein Soldat mehr!"). Hauptredner auf der Kundgebung am Bebelplatz war der bekannte Theologe Eugen Drewermann. Wir dokumentieren dessen Rede, die vom Tonbandmitschnitt transkribiert wurde.

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,
ich danke Ihnen sehr, dass Sie heute hier stehen, um zu sagen, was 70 Prozent der deutschen Bevölkerung sagen: Raus aus Afghanistan, heute lieber als morgen. Wir fordern diesen Abzug nicht im Jahr 2015, im Jahr 2020 oder, wie Frau Clinton bereits andeutet, am Sankt Nimmerleinstag. Wir fordern ihn jetzt.

Wir müssen das auf Plätzen und auf Straßen sagen, weil im Deutschen Reichstag 90 Prozent der Leute, die wir als unsere Vertreter gewählt haben, genau das Gegenteil sagen.

Lüge jagt Lüge

Schröder und Fischer 2001: Wir verteidigen unsere Werte am Hindukusch. Peter Struck: Wir verteidigen unsere Sicherheit in Afghanistan. Lüge jagt die Lüge. Rot-Grün nannte sich diese Klientel der Hörigkeit den USA gegenüber. Frau Merkel und Herr Steinmeier konnten das Desaster allenfalls ausdehnen und in keinem Punkte widerlegen. Schwarz / Rot war nur die Fortsetzung der alten Fehler. Und Schwarz/Gelb, Merkel und Westerwelle, schieben ein neues strategisches Programm vor, wie sie es nennen, nur um alles, was schon falsch war, soweit eskalieren zu lassen, dass es irreparabel für Jahrzehnte werden wird. Deshalb sagen wir Nein zum Krieg in Afghanistan und zu dieser Verwaltung des deutschen Volkes im Reichstag. Von sämtlichen, dort sitzenden Parteien ist einzig die Linke konsequent gegen diesen Krieg gewesen. Deshalb sind sie unsere Verbündeten. Vielleicht, dass man sie sich in Nordrhein-Westfalen bei der nächsten Wahl merkt.

Man erklärt, unsere Sicherheit stehe auf dem Spiel, wenn wir die Taliban nicht niederbomben. Afghanistan hat in dreitausend Jahren Geschichte niemals ein fremdes Land angegriffen. Und es konnte dies nicht einmal, weil es ein Staat im westlichen Sinne gar nicht war. Es ist eine Vielvölkermischung, zusammengehalten durch Stammesführer, uniert in der Loja Dschirga von Fall zu Fall.

Bis dass die Sowjets von Brzezinski hineingelockt wurden nach Afghanistan, war es eine formelle Monarchie, aber kaum mit Einfluss in den Randprovinzen.

Afghanistan hat niemanden bedroht, aber dies jetzt ist der fünfte Krieg, den Europäer führen in Afghanistan: Dreimal die Briten, einmal die Sowjets, und neuerdings die USA, die Nato und wir Deutschen natürlich mit dabei.
Wer greift da wen an? Was wir sehen ist, dass Neokolonialismus, Imperialismus und Militarismus lediglich Worte für ein und dieselbe Sache einer internationalen Aggression rund um den Globus werden sollen. Dagegen müssen wir sein zur rechten Zeit und rechten Stunde, die ist heute! Man erklärt uns, dass wir die Terroristen am Hindukusch, zwischen Herat, Kabul und Kandahar zu jagen hätten. Die Taliban sind keine Terroristen, sie sind an die Macht gedrückt worden von den Vereinigten Staaten von Amerika, um einen unheilvollen Bürgerkrieg in irgendeiner Weise durch Verbündete zu ersetzen. So wie Al Kaida von den Amerikanern eingesetzt wurde, um die UDSSR aus Afghanistan zu treiben. Heute sind es die Russen, die der Nato bescheinigen, dass wir gerade dabei sind, alle Fehler aus dem russischen Besetzungsprogramm zu wiederholen.

Freiheit der Frauen wollten auch die Sowjets, Zugang zu Bildungsmitteln auch die Sowjets. Was sie aber vor allem wollten, war das Diktat ihrer Selbst, der Fingerabdruck von Fremden in einem anderen Land. Genau das treiben wir und deshalb werden wir genau denselben Misserfolg erleben.

Ein Krieg gegen den Terror, wie Georg W. Bush der Jüngere ihn nannte, ist schon begrifflich ein Widersinn. Terror ist kein Gegner, sondern eine Methode der Kriegsführung im Status der Unterlegenheit. Dann aber muss man sich fragen, wer hier der Terrorist ist. Jemand, der sich mit dem eigenen Körper in die Luft sprengt, um maximalen Schaden anzurichten, ist ein Terrorist, vor allem, wenn er das tut vor einer Moschee, auf einem Marktplatz, in einem Omnibus, wo es ganz sicher viele Zivilisten trifft. Was aber ist es, wenn man in Wyoming Predator Drohnen mit Feuerraketen ausgestattet über Pakistan, Was iristan, über Afghanistan schickt. Und bomben lässt und bomben lässt aus sicherer Entfernung, Kaffee trinkend und das Computerprogramm abrufend. Wer eigentlich ist da der Terrorist, wenn wir hören, dass jetzt in Helmand bei der neuen Offensive mal wieder sieben Tote durch Kollateralschäden, zwanzig Tote durch Kollateralschäden zustande kämen. Der Hass auf die Besatzer, die nur morden können aus sicherer Entfernung, muss jeden infizieren, der sich dies seit Jahren jetzt mit ansieht. Wir jagen nicht die Terroristen, wir sind selber Terroristen in Afghanistan. Und deshalb fordern wir unsere eigenen Soldaten auf zu tun, was manche in Amerika längst getan haben: Den Befehl zum Töten zu verweigern, zu desertieren gegen den eigenen Fahneneid und die vermeintliche Treue zu scheindemokratischen Regimen zu ersetzen durch die Treue zu einer Menschlichkeit, die jeder fühlen kann.

Das Töten von Menschen ist nicht das Retten von Menschen

Das Töten von Menschen ist nicht das Retten von Menschen. Das Bomben von Menschen ist nicht das Befreien von Menschen. Die Kinder, die heute acht Jahre alt sind in Afghanistan, gehen mit schreckgeweiteten Augen durch die Straßen und haben nie gesehen den Aufgang eines Morgenrots von Freiheit und Frieden. Wir sind es den Menschen, die da heute leben, schuldig, mit dem Wahnsinn aufzuhören. Man hat im Pentagon sich einfallen lassen zur Propaganda 2001 dieses Krieges natürlich die Frauen mit ins Boot zu holen. Wir führen Krieg tatsächlich für die Frauenrechte! Wenn dies so wäre, hätten die Amerikaner eine Menge zu tun, ihren Prostituiertenhinterhof in Bangkok, die Folgeschäden des amerikanischen Vietnamkrieges mit Hunderttausenden von heroinisierten GI`s endlich aus der Welt zu schaffen. Das wäre Befreiung von Frauen am eigenen Ort. Die Burka jedenfalls hat nichts mit Taliban zu tun, sie war vor ihnen da und sie wird nach ihnen sein. Jetzt aber neuerdings erklären uns Merkel und Herr Guttenberg, wir müss-

ten die Taliban bekämpfen.
Wer eigentlich sind sie, das sie so gefährlich macht? Islamistische Fundamentalisten nennt man sie. Sie denken ganz genauso wie ihre Lehrmeister in Saudi-Arabien. Wahabitische Koranauslegung, das ist ihre Heimat. Dagegen kann man sein oder auch dafür. Es ist ganz sicherlich kein Kriegsgrund. Man hatte im Jahre 2001 im Juni eine Versammlung in Bonn, hier in Deutschland, mit den Taliban. Sie waren damals noch Bündnisgenossen der Vereinigten Staaten von Amerika und es ging um den wichtigen Verhandlungspunkt, den Cheney ins Gespräch brachte, zwei Pipelines zu legen vom Kaspischen Meer zum Persischen Golf. Das verweigerten die Taliban, und damit waren sie dran. Nine-eleven war nichts weiter als ein Vorgang, die Kriegspläne endlich aus dem Sack zu holen. Zu kämpfen aber für Erdgas und für Erdöl, wie gerade schon gesagt wurde, verdient nicht das Blut von Menschen. Weder der Deutschen, der Afghanen, der Amerikaner, der Briten, von wem auch immer. Handelsverträge schließt man im Frieden und im Respekt wechselseitig voreinander.

Amerika hat nicht das Recht zu diktieren, welche Räume relevant sind, um sich selber als Wirtschaftsmacht bei einer Riesenüberschuldung grad noch zu behaupten. Ohne die Chinesen bräche die amerikanische Währung lange schon zusammen. Und wie wir eben hörten, sie wären in der Region die Einzigen, die neutral genug wären, den drohenden Bürgerkrieg nach Abzug der Okkupantenarmee einigermaßen in die Zukunft zu bringen, vielleicht sogar in Frieden noch mit den Indern. Amerikaner haben da nach allem, was sie getan haben, nichts mehr zu verlieren auf Jahrzehnte hin.

Wir Deutsche sind inzwischen genauso eine Bürgerkriegspartei und die Briten haben dort eine Vergangenheit, die so blutbeschmiert ist, dass man sie kaum abwaschen kann von den Wänden der Geschichte. Die alle sind die Letzten, die Afghanen sagen müssten, wie sie zu leben hätten. Es genügt am heutigen Tage aber keineswegs das Thema Afghanistan zu formulieren, weil es in einer langen Reihe einer sorgfältig geplanten Umerziehung des deutschen Bewusstseins, spätestens seit 1991, steht.

NATO und kalter Krieg

Man hat uns beigebracht, in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955, dass wir der Nato beizutreten hätten. Konrad Adenauer sah die Gefahr des Durchmarschs der UDSSR gleich bis zum Atlantik. Deutsche lernten zehn Jahre nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs mit über 50 Millionen Toten, darunter 20 Millionen russischer Bürger, wieder zu töten. Aber man sagte uns, wir lernen all das Grauen nur, damit wir glaubwürdig abzuschrecken vermögen und deshalb jeden Aggressor fern von unseren Ländern halten; wir sind Soldaten, um nie tun zu müssen, was Soldaten tun - ein moralisches Splitting. Die katholische Kirche erklärte damals sogar, kein Katholik hat das Recht, sich auf sein Gewissen zu berufen und den Wehrdienst zu verweigern. Der Protestant Niemöller erklärte, diese Bundesrepublik ist ein Kind, das man in Washington gezeugt und im Vatikan getauft hat.

Vierzig Jahre lang beschäftigte man sich im Kalten Krieg mit der ausgeglichenen Drohung. Wir hatten Leute an der Macht, die ausrechneten, dass beim atomaren Erstschlag, je nach Winddrehung, 50 Millionen Menschen, 100 Millionen, 150 Millionen Menschen sterben würden, in wenigen Minuten. Diese Leute nennen sich die Gewinner des Kalten Krieges - die Vertreter von Recht, Moral und Freiheit! Wir sollten uns allen Ernstes fragen, ob sie nicht einen Sprung in der Schüssel haben und ganz woanders hingehören als in irgendein Parlament oder irgendeine Regierungsbank.

Im Jahre 1989, mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und der beginnenden Auflösung des Warschauer Paktes, hat Michael Gorbatschow einen Vorschlag aufgegriffen, der 1956 schon vom polnischen Außenminister Rapacki lanciert worden war: Abrüstung in Gesamteuropa, von Weißrussland bis Cap Finisterre in Frankreich bis zum Ende der Welt. Gorbatschow schlug dasselbe wieder vor in der Hoffnung, wir könnten die gigantischen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten konvertieren in zivile Ziele und eine europaweite Kooperation. Genau daraus sollte nichts werden unter Bush dem Älteren und Kanzler Kohl. Man plante die Ostausdehnung der Nato. Seitdem haben wir den Zustand, in dem wir uns jetzt befinden.

Inzwischen werden Raketen postiert in Polen, Rumänien, Bulgarien. Aber Russland darf dagegen nichts sagen. Inzwischen agitiert die Nato in Georgien, destabilisiert sie die Ukraine, hat sie einen Fahrplan für weitere Kriege: Somalia, den Jemen, wo eigentlich nicht? Im Zielrohr liegt schon längst der Iran mit einem Haufen von verdrehten Zitaten von Ahmadinedschad zur Ausrottung von Israel, was er so nie gesagt hat. Raketenschilde gegen Raketen, die überhaupt nicht da sind und ganz sicher nicht Israel angreifen, indem sie Polen oder Deutschland überfliegen. All dieser Irrsinn wird gemacht, indem wir Deutsche aufgefordert werden Schritt zu fassen. In wenigen Momenten, 1991 in Kuwait, bezahlen wir nach Scheckbuchpolitik, dass wir noch nicht dabei sind. Die Lüge, die damals die Friedensbewegung schwächte, war Bush dem Älteren bekannt. Die Szenen von den Kindern, die man aus den Brutkästen holt und auf den Steinboden des Krankenhauses wirft, Aufnahmen waren dies, gedreht in London mit der kuwaitischen Botschafterin, eine Propaganda, die Bush der Ältere vierzigmal auf den Straßen wiederholt hat, um uns kriegswillig zu machen gegen solche Barbaren.

Humanitäre Verpflichtungen?

1992 in Somalia hatten wir unter Kohl zum ersten Mal Sanitäter in Somalia bei der Jagd nach dem Clanchef Aidid. 1998 zeigten die ehedem pazifistischen Grünen, dass sie nichts weiter sind, als Köpfe, die auf Hälsen sitzen, so bestrebt wie ein Korkenzieher nach dem Wein, so gierig nach der Macht. Denn so erklärte plötzlich Außenminister Joschka Fischer den Plan von Milosevic in Hufeisenzangenbewegung das Kosovo von Albanern zu reinigen. Diesen Plan hat es nicht gegeben, es war der Krieg von Madeleine Albright. Aber zum ersten Mal bombardierten deutsche Kampfflugzeuge wieder Belgrad. Das war grüne Politik und seitdem sind wir dabei, Kriege akzeptieren zu sollen in der deutschen Bevölkerung. Unbedingte Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika: Schröder und Fischer 2001. Dass wir nicht auch im Irak stecken, liegt daran, dass Frau Merkel damals noch nicht Kanzlerin war. Sie hatte nötig, ohne jedes Amt, nach Washington zu fahren und Bush dem Jüngeren zu erläutern, dass unter ihrer Aegide natürlich Deutsche sich beteiligen würden. Jetzt sitzen wir dabei und sollen lernen, dass Kriegführen wieder eine gute Sache sei. Die „Zeit“ vor zwei Wochen schrieb tatsächlich: Wir leben jetzt in Zeiten solcher humanitären und internationalen Aufgaben und Verpflichtungen, dass ein fundamental-pazifistischer Reflex aus der Nachkriegszeit von 1945 obsolet geworden ist. Herr ….. : Pazifismus ist nicht etwas, das sich nach den Zeitläufen dreht, wie vielleicht Ihr eigenes Zeitungsblatt nach dem Winde der Regierenden. Pazifismus ist eine Überzeugung von hoher moralischer Qualität und sie hält Stand der Propagandalüge in den Medien - elektronisch wie in den Printmedien.

Wir haben keine humanitären Verpflichtungen, wir haben eine Bündnistreue einer Bewegung der Nato nämlich gegenüber, die längst mutiert ist von einem sogenannten Verteidigungsbündnis - das es im Grunde niemals war, eher ein Angriffsbündnis, heute auf jeden Fall - zu einer kriminellen Vereinigung, welche die gesamte Welt verunsichert. Schlimmer als die Mafia haben wir die Nato. Bündnistreue kann es wohl nur geben denjenigen gegenüber, die zumindest die Bedingungen des Bündnisabschlusses einhalten. Ändern sich die Bedingungen, hat man ein Recht auszutreten.

Rüstungsausgaben…

Selbst Herr Bahr, damals unter Brandt einer der Brückenbauer der Ost-West-Verständigung, konnte vor Jahren bereits sagen: Eine Abrüstung wird es schon deshalb geben, weil die Rüstung gar nicht mehr bezahlbar ist. Und ich versuchte damals zu sagen: Herr Bahr, warum beginnen wir denn dann nicht jetzt in Freiheit schon, statt dass wir aus der Pleitewirtschaft langsam immer noch Panzer gerieren müssen.

Die Wahrheit lautet heute unter Obama, dass alleine die Vereinigten Staaten von Amerika mehr als noch Georg W. Bush, siebenhundert Milliarden Dollar ausgeben, nur für Rüstung. Mehr als die Hälfte der Menschheit. Dass wir in Deutschland hier fünfunddreißig Milliarden Euro verplempern nur für Rüstung.
Wir haben scheinbar Geld für gar nichts, für Rüstung aber immer. Stattdessen haben wir einen Außenminister, der die Militarisierung der deutschen Außenpolitik nicht einmal als Thema zu begreifen scheint. Stattdessen aber „ herumturtelt“, um Elfmillionen Deutsche - 15 % der Bevölkerung - als Hartz 4 Empfänger in einer Weise zu beschimpfen, die einfach infam und übel ist. Jeder 7. Deutsche, von Herrn Westerwelle angeklagt als möglicherweise arbeitsunfähig. Man sollte nicht das Versagen in der Außenpolitik umschichten durch ein noch schlimmeres Vergehen in der Innenpolitik.

Es braucht nun wirklich keine höhere Bildungsoffensive, um ein wenig Mathematik zu treiben: Der Krieg in Afghanistan kostet schätzungsweise täglich eine Milliarde Dollar. Bei 15 Millionen Menschen in Afghanistan bedeutet das pro Tag 70 000 Dollar. Könnten Sie sich vorstellen, was mit diesen Summen anzufangen wäre in Afghanistan, kämen sie den Menschen mal zugute? Wir hätten keinen Mohnanbau, wir hätten keinen Entwicklungsrückstand, wir hätten ein wohlbehütetes prosperierendes Volk. Aber mit Bomben und mit Militär erreichen wir genau das Gegenteil.

… statt Armutsbekämpfung

Die UNO erklären uns, dass man für 20 Milliarden Dollar schätzungsweise allen Menschen der Erde Zugang zu Trinkwasser verschaffen könnte.
Für eine gleiche Summe die Slums der Großstädte auflösen könnte. Eine Welt rings um Mexiko-City, Madras, Bombay, Kairo ohne Slums für 20 Milliarden.
Das ist weniger als ein Dreißigstel des Militärhaushaltes der Vereinigten Staaten von Amerika.
Stattdessen schützen wir uns militärisch vor Immigranten. 6000 Menschen machen das Mittelmeer zu einem Massengrab für Flüchtlinge vor dem blanken Hunger. Und wir Deutsche haben keine bessere Antwort dafür als Frontex, Frontières extérieures - bezahlt hier in Berlin, Sitz in Warschau - auf die Menschen loszulassen.

Entwaffnung aller nationalen Armeen und Stärkung der UNO

Wir führen Krieg gegen die Natur die wir ausbeuten, gegen die Hungernden, die wir ins Elend treiben. Und all die Schäden, die wir mit dem Krieg und der Kriegsvorbereitung anrichten, haben wieder nur eine Antwort: Krieg. Wir sitzen in einem Teufelskreis, aus dem wir heraus müssen, indem wir den Lügen der Regierenden nicht länger glauben.
Und die Zwanzigjährigen, die man auffordert zur Bundeswehr zu gehen, inzwischen sogar unter Beihilfe der Universitäten und der Schule, die die Propagandisten aufnehmen sollen, denen können wir nur sagen: Krieg dient niemals dem Frieden. So wenig wie Lügen der Wahrheit dienen und so wenig wie Katzen Hunde sind - Krieg ist das Töten von Menschen, eine andere Aufgabe hat ein Soldat nicht als genau das zu lernen.
Eben deswegen ist zu fordern, dass wir Pazifismus nicht als einen Reflex in politischen Krisenlagen verwenden oder unter dem Druck von öffentlicher Angst, sondern als Prinzip begreifen. So wie in den zwanziger Jahren Albert Einstein, Hermann Hesse, Henry Barbusse, viele Leute, die man heute lesen muss, öffentlich gefordert haben die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht. Und nicht wie Westerwelle und die Gelben es möchten zum Ersatz durch eine Berufsarmee, sondern um einen Schnitt durch die ganze Geschichte zu machen: Niemals mehr junge Menschen, die das Töten und den Drill auf den Kasernenhöfen ableisten müssen im Dienst für ein falsch verstandenes Vaterland.
Wir werden einen wirklich kulturellen Fortschritt nur erleben, wenn der Krieg nicht länger mehr den Regierenden als Option des Handelns konzediert wird. Denn durch dieses Schlupfloch werden sie uns von einer Hölle in die andere jagen.

Sobald man Krieg sagt, fallen wir um Jahrtausende zurück in die Steinzeit und verlieren die Option der Zukunft. Stattdessen müsste die Entwaffnung aller Nationalarmeen einhergehen mit der Stärkung der UNO als der einzigen Krisenstelle, die bei Konflikten, die lokal nicht lösbar sind, die Macht hat, Recht zu sprechen und auch durchzusetzen. Dann aber brauchen wir keine amerikanische Hegemonialpolitik, die die UNO stranguliert oder als Propagandabühne missbraucht.

Sag nein

Die Frage bleibt, welche moralische und religiöse Unterstützung wir in diesem Punkte erhoffen können. Kaum spricht Bischöfin Käßmann zum Neujahrstage Worte, die ein wenig neu klingen, hat sie von der katholischen Kirche bis heute kein einziges Wort der Unterstützung auf hoher Ebene. Stattdessen aber von den christlich sich gebenden Parteien jeden Widerstand. Politik hat frei zu sein von religiöser Beeinflussung.

Als wäre es möglich, die menschliche Seele zu teilen in das, was die Hände tun und was das Herz fühlt und der Kopf denkt. Diese Chirurgie sollte man im Reichstag nicht noch länger fördern. Man nennt sie schizophren in der Psychiatrie und gemeingefährlich in der Kulturhistorie. Vor allem wollen wir nicht hören, wie Militärbischof Mixa noch erklärt, als die AWACS – Aufklärungsflugzeuge nach Afghanistan geschickt wurden, das könne er noch gerade mittragen. Ich bin gespannt am kommenden Montag, wie er da sich verlautbaren lässt.

Schließen möchte ich mit einem Aufruf, der 1947 in einem Baseler Spital von einem lungenkranken Dichter, Wolfgang Borchert, als Vermächtnis an die Menschheit formuliert wurde. Wir wissen um das Grauen, was der zweite Weltkrieg war, und was jeder Krieg danach noch werden würde.

„Mann an der Werkbank“, schrieb er,
„wenn sie wieder kommen und dir sagen du sollst statt Rohren und Eimern Handgranaten und Kanonen ziehen:
Mann an der Werkbank sag: Nein.
Und Mutter in Deutschland, Mutter in der Ukraine, wenn sie wieder kommen und dir sagen, du sollst Kinder gebären, Söhne für die Schützengräben, Mädchen für die Spitäler, Mutter in Deutschland,
Mutter in der Ukraine sag: Nein.
Und Wissenschaftler in den Universitäten, wenn sie wieder kommen und sie sagen, du sollst den neuen Tod erfinden für das alte Leben,
Mann im Labor, sag ihnen Nein.
Und Pfarrer auf der Kanzel, wenn sie wieder kommen und dir sagen, du sollst die Waffen segnen und den Krieg rechtfertigen,
Mann auf der Kanzel sag: Nein.“

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie heute hier sind, Nein zu sagen.

http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/drewermann.html

german foreign policy: Ziel des Westens ist es nicht, die Frauen in Afghanistan zu unterstützen

Taliban-Kopien

Zum Internationalen Frauentag fordern afghanische Frauenrechtlerinnen den Abzug der westlichen Besatzungstruppen vom Hindukusch. Im Westen werde gewöhnlich behauptet, es gebe in Afghanistan nur die Alternative zwischen einem Taliban-Regime und der Unterstützung für die vom Westen getragene, frauenfreundlichere Regierung von Hamid Karzai, erklärt die älteste und bekannteste afghanische Frauenorganisation RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan). Dies sei unzutreffend.[1]

Auch Karzai gebe allenfalls "Lippenbekenntnisse" ab und sei jederzeit bereit, aus taktischen Gründen auf die Durchsetzung von Frauenrechten zu verzichten. Dies zeige unter anderem die Verabschiedung eines berüchtigten Gesetzes, das die Vergewaltigung schiitischer Frauen in der Ehe legalisiere, durch den Kabuler Präsidenten. RAWA verweist darauf, dass prominente Kritikerinnen wie die ehemalige Parlamentsabgeordnete Malalai Joya besonders die westliche Kooperation mit den einflussreichen Warlords kritisieren. Die Hoffnung des Jahres 2001, der Westen werde sich demokratischen Kräften in Afghanistan zuwenden, habe sich nicht erfüllt, sagt Joya: Die Regierung Karzai sei faktisch "*eine Gruppe von Warlords, Kriminellen, die von 1992 bis 1996 in Afghanistan einen Bürgerkrieg führten. Sie sind Kopien der Taliban, nur mit Anzug und Krawatte."[*2]

Physisch verfolgt

Deutliche Kritik äußern inzwischen auch westliche Menschenrechtsorganisationen. So hat kürzlich Human Rights Watch einen Bericht über die Lage der Frauen in Afghanistan publiziert, der eine ernsthafte Verschlechterung konstatiert. Der Bericht führt aus, dass Frauen in zunehmendem Maße brutaler physischer Verfolgung ausgesetzt sind; dabei würden selbst Morde an Politikerinnen nicht geahndet. Kinder- und Zwangsheirat sowie Ehrenmorde fänden demnach weiter auf hohem Niveau statt. Frauen hätten de facto wenig Zugang zur Justiz; mit großem Propagandaaufwand eingerichtete spezielle Frauenteams in der Polizei funktionierten in der Praxis kaum. Weiterhin seien mehr als die Hälfte aller Mädchen von jeglicher Schulbildung ausgeschlossen, nicht zuletzt, da Mädchenschulen als Symbole für die Besatzung gälten und häufig attackiert würden. Auch Human Rights Watch stellt fest, dass den afghanischen Kooperationspartnern des Westens nichts an Frauenrechten liegt: *"Die dominierenden politischen Fraktionen in Afghanistan stehen vielen der Rechte, deren Frauen sich seit dem Sturz der Taliban wieder erfreuen können, weiterhin feindlich gegenüber*".[3]

Die Wende von 1979

Tatsächlich werden Frauen in Afghanistan nicht trotz, sondern wegen der wiederholten westlichen Interventionen extrem diskriminiert. Die afghanischen Frauen hatten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts, insbesondere während der 1960er und 1970er Jahre, zumindest die formaljuristische Gleichberechtigung erkämpft. Ende der 1970er Jahre sei es unvorstellbar gewesen, das afghanische Erziehungs- und Gesundheitssystem, aber auch Verwaltung und Produktion ohne Frauen am Laufen zu halten, berichten Frauenrechtlerinnen.[4] Eine fatale Wende habe es im Jahr 1979 gegeben. Hatte die 1978 angetretene prosowjetische Regierung noch weiterhin auf tatsächliche Gleichberechtigung gedrungen, so brachte sie damit die reaktionärsten Milieus des Landes gegen sich auf. Diese wurden ihrerseits vom Westen gegen Kabul und ab Ende 1979 gegen die einmarschierten Sowjettruppen in Stellung gebracht. Parlamentarisch-demokratisch orientierte Kreise genossen solche Unterstützung kaum und mussten oft fliehen. Als die Schützlinge des Westens 1992 in Kabul einmarschierten, begann ein Rücksturz in die Ära der religiös-fundamentalistischen Rückständigkeit.

Der Zusammenbruch 1992

Wohl am schlimmsten litten die afghanischen Frauen unter diesen Warlords, die Afghanistan 1992 in einen blutigen Bürgerkrieg stürzten. *"Die Position der Frau war ihr Hauptangriffsziel*", erklären Frauenrechtlerinnen über die grausame Abrechnung der Warlords mit ihren kommunistischen und parlamentarisch-demokratischen Gegnern.[5] Mädchenschulen wurden von ihnen bereits Jahre vor der Machtübernahme durch die Taliban als "Zentren der Prostitution" diffamiert. 1995 publizierte Amnesty International einen ausführlichen Bericht über die Situation der afghanischen Frauen und bezeichnete ihre Lage ausdrücklich als "Menschenrechtskatastrophe". So wurden selbst schwerste Verbrechen an Frauen nicht verfolgt, wobei die Täter nicht selten "Mitglieder der hauptsächlichen Mujahedin-Gruppen und Warlords", also die Schützlinge des Westens, waren.[6]

Warlords

"Wir möchten die internationale Gemeinschaft und die Sozialistische Internationale der Frauen bitten, dem Elend der afghanischen Frauen besondere Aufmerksamkeit zu schenken," sagte eine afghanische Frauenrechtlerin schon im September 1992 auf dem 19. Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin; Hintergrund waren die Verbrechen der afghanischen Warlords vor allem an Frauen.

Auf Interesse stieß die Frauenrechtlerin ebenso wenig wie andere Afghaninnen, die nach der Machtübernahme durch die Taliban 1996 im Westen um Unterstützung baten. Erst als die Taliban sich der Kooperation mit dem Westen verweigerten und sich eine offene Frontstellung abzeichnete, nutzten die NATO-Staaten die Unterdrückung der afghanischen Frauen zur populären Legitimation ihrer Aggression gegen Afghanistan.

Dass die Warlords der 1990er Jahre in kaum geringerem Maße als die Taliban sämtliche Frauenrechte mit Füßen traten, wird bis heute gewöhnlich verschwiegen. Nur afghanische Frauenrechtlerinnen wie RAWA oder die ehemalige Parlamentsabgeordnete Malalai Joya erinnern öffentlich daran, dass zahlreiche Warlords - etwa der im Besatzungsgebiet der Bundeswehr einflussreiche Kriegsherr Atta Mohammad Noor [7] - bis heute zu den bevorzugten Kooperationspartnern des Westens gehören.

Kriegspropaganda

Unter der westlichen Besatzung, heißt es bei RAWA, hätten *"die eingeschworenen Feinde der Menschenrechte, der Demokratie und des Säkularismus unser Land in ihre Klauen genommen*". *"Freiheit und Demokratie"* hingegen, auch Frauenrechte, könnten *"nicht geschenkt werden; es ist die Pflicht der Bevölkerung eines Landes, für diese Werte zu kämpfen und sie durchzusetzen*".[8] Die deutschen Interventionen der vergangenen Jahre widerlegen die Annahme, Deutschland könne dazu ein geeigneter Partner sein.

(…)

[1] Not all feminists love escalation in Afghanistan; www.rawa.org 06.12.2009
[2] Women of Influence: Malalai Joya; www.thedailybeast.com 04.11.2009
[3] Human Rights Watch: "We Have the Promises of the World". Women's Rights in Afghanistan, December 2009
[4], [5] Ein kurzer Einblick in die Emanzipationsgeschichte der afghanischen Frauen; www.afghanmellat.de/Frauen.htm
[6] Amnesty International: Women in Afghanistan. A human rights catastrophe, March 1995
[7] s. dazu Warlords und Strafexpeditionen
[8] Not all feminists love escalation in Afghanistan; www.rawa.org 06.12.2009

http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57757?PHPSESSID=pt7uc7i6gdbnfbemkj5a9jif30

Rüstungsexporte

Bronze für Deutschland

Gemeinsame Stellungnahme der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und -gegner (DFG-VK) und des Rüstungsinformationsbüro (RIB e.V.)

(...) Nach den Berechnungen von SIPRI hat die Bundesregierung von 2005 bis 2009, also weitgehend in der Ära der schwarz-roten Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD, den Export *»legaler«* Rüstungsexporte nahezu verdoppelt. Der Weltmarktanteil stieg von sechs auf elf Prozent. Deutschland lieferte, in einigen Fällen mit Zustimmung des Bundessicherheitsrates unter Leitung von Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Steinmeier, u.a. Panzer vom Typ Leopard-2A4, teilweise im Ausland in Lizenz gefertigte deutsche U-Boote des Typs 214, in Kooperationen produzierte Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge sowie Granatwerfer und G36-Sturmgewehre in alle Welt.
»Dabei kannte die Bundesregierung keinerlei Skrupel«, so Grässlin. Deutschland transferierte Waffen an kriegführende Staaten wie die USA, Großbritannien und die Türkei. Gemäß den Rüstungsexportberichten der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, GKKE, seien auch Staaten mit einer *»sehr schlechten«* Menschenrechtslage mit Waffen hochgerüstet wurden. *»Brasilien, Israel, Kolumbien, Nigeria, Pakistan, Indien und Rußland, um nur einige zu nennen, haben trotz fragwürdiger Menschenrechtslage und interner Gewaltkonflikte deutsche Waffen oder Rüstungsgüter erhalten.«*
Laut Grässlin plane die neue CDU/CSU/FDP-geführte Bundesregierung unter Führung von Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Westerwelle weitere profittträchtige Waffenverkäufe. Grässlin nannte z.B. den Export von 72 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter/Typhoon an das menschenrechtsverletzende Regime in Saudi-Arabien. Zudem werde in Saudi-Arabien derzeit auch eine Produktionsanlage für das neue Sturmgewehr G36 des deutschen Waffefabrikanten Heckler & Koch (H&K) errichtet.
»Allein die Direktexporte und Lizenzvergaben der Gewehre und Maschinenpistolen von H&K haben bis heute mehr als 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet, eine weitaus größere Zahl von Opfern zeitlebens verstümmelt«, so Grässlins Berechnungen. Gerade im Bereich der »Kleinwaffen« hätte Deutschland aus den Opferzahlen der Vergangenheit lernen und andere Schlüsse ziehen müssen. Der Freiburger Rüstungsexperte und Buchautor: *»Mit Waffenexporten leistet Deutschland Beihilfe zum Massenmorden in aller Welt.«*

Grässlin kündigte für den Herbst die neue, breit angelegte Antirüstungsexportkampagne *»AKTION AUFSCHREI – Rüstungsexporte ächten, den Opfern eine Stimme geben!«* an. *»Jahrzehnte lang hat die Friedens- und Menschenrechtsbewegung vergeblich auf die steigende Zahl deutscher Waffenexporte hingewiesen. Kritiker der Rüstungsexportpraxis wurden ignoriert, die Opfer verhöhnt. Jetzt ist die Zeit gekommen, lautstark aufzuschreien!«*

Noch in diesem Jahr breche eine neue Ära in der politischen Auseinandersetzung an: *»Wir werden die Verantwortlichen in Politik und Rüstungsindustrie in Deutschland mit den Opfern ihrer skrupellosen Waffenexporte konfrontieren, indem wir den Opfern deutscher Waffenexporte Stimme und Gesicht geben«*, so der Freiburger Rüstungsexperte. *»Wir werden Menschen aus der Türkei, Somalia oder dem Sudan nach Deutschland einladen. Vorbei ist die Zeit des Schweigens, jetzt folgt die Zeit der Anklage. Rüstungsexporte und Rüstungsexporteure«*, so Grässlin, *»müssen geächtet werden!«*

In der aktuellen Ausgabe des DFG-VK-Mitgliedermagazin Zivilcourage erscheint von Jürgen Grässlin die ausführliche Analyse »Europameister Deutschland – legale Waffenexporte an kriegführende Staaten und menschenrechtsverletzende Regimes«. Internet: ***www.dfg-vk.de/thematisches***

http://www.jungewelt.de/2010/03-16/048.php
S. auch **Interview mit Tobias Pflüger**
http://www.imi-online.de/2010.php?id=2088

Großdemonstration in Washington D.C. in San Francisco und Los Angeles gegen den Krieg in Afghanistan und Irak

Die Friedensorganisation "Act Now to Stop War and End Racism" (A.N.S.W.E.R. Koalition) organisiert den landesweiten Protest gemeinsam mit "World Can't Wait", "Iraq Veterans Against the War", "Muslim American Society Freedom", dem "National Council of Arab Americans" und zahlreichen anderen Organisationen und Verbänden

http://peaceoftheaction.org/

Die bekannte Friedensaktivistin Cindy Sheehan hat eine neue Initiative für ein permanentes Friedenslager am Washington Memorial ins Leben gerufen.

ActiveStills: Kämpfende Fotografinnen in Israel

Keren Manor und Silan Dallal, beide Israel, dokumentieren die Unterdrückung, indem sie die Bilder auf billigem Papier an Mauern und Häuser kleben. Für Karen Manor, unpolitisches Elternhaus, israelische Schule, Wehrdienst, änderte sich nach einem Neugier-Besuch in Ramallah, Westjordanland, das Leben. Sie stellte sich gegen die israelische Staats- und Regierungspolitik und fotografiert seitdem die Unterdrückten, seien es Palästinenser, arme Juden oder sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika.

Bil´in 5 years
http://www.steinbergrecherche.com/10israelpalaestina.htm#ActiveStills

40 Jahre Atomwaffensperrvertrag:

IPPNW fordert eine Atomwaffenkonvention als ersten Schritt für eine atomwaffenfreie Zukunft

Berlin – Heute vor 40 Jahren trat der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV – englisch: Non-Proliferation Treaty, NPT) in Kraft. Der Vertrag, der von 189 Staaten unterzeichnet wurde, verbietet die Weitergabe bzw. das Erwerben von Atomwaffen. "*40 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages ist die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen größer geworden und das Abrüstungsversprechen bleibt weitgehend unerfüllt*", kritisiert die Atomwaffenexpertin der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung) Xanthe Hall. Immer noch existieren weltweit 23.000 Atomwaffen. Die Gefahr eines unbeabsichtigten Atomkriegs durch Fehlalarm bleibt real, weil tausende Atomwaffen immer noch in höchster Alarmbereitschaft gehalten werden.
Im Mai wird in New York über den Nichtverbreitungsvertrag verhandelt. Mit dem Bekenntnis von Barack Obama zu einer Welt ohne Atomwaffen gibt es die historisch einmalige Chance, die Konferenz zu einem Erfolg zu führen. Allerdings muss sich laut IPPNW die immer wieder verschobene US-Atomwaffendoktrin deutlich von der Doktrin der Bush-Regierung absetzen, damit die USA im Vorfeld der Konferenz ihren Abrüstungswillen untermauern kann. Auch die Verhandlungen mit Russland über einen Nachfolgevertrag des bereits im Dezember ausgelaufenen START-I-Vertrags müssen zu einem Abschluss geführt werden. Leider ist die Raketenabwehr in Europa erneut zum Hindernis geworden.

Die deutsche Bundesregierung kann bei den Abrüstungsverhandlungen eine entscheidende Rolle spielen. "*Wir fordern Außenminister Guido Westerwelle auf, sich für eine Atomwaffenkonvention stark zu machen. Die Bundesregierung muss sich für den Abzug der letzten US-Atomwaffen aus Deutschland, für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und für ein Nein zu Atomwaffen in der neuen Nato-Strategie einsetzen*", erklärt Xanthe Hall.

Die IPPNW setzt sich in der Kampagne ICAN (international campaign to abolish nuclear weapons) für eine Atomwaffenkonvention ein, einen Vertrag über das Verbot und die Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen. Auf diese Weise wurden bereits Landminen, chemische und biologische Waffen verboten. Für die Idee einer "Atomwaffenkonvention" als Wegbereiter für eine atomwaffenfreie Zukunft gibt es weltweit wachsende Unterstützung. Neben dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon haben sich u.a. der ehemalige australische Außenminister Gareth Evans, der Dalai Lama und der ehemalige Direktor der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO Hans Blix für eine Atomwaffenkonvention ausgesprochen.
http://www.ippnw.de/startseite/artikel/98c9f40c14/hoechste-zeit-fuer-die-abschaffung-a.html

s. ***Kongress am 19.3. „ Friedenskultur 2010- Unsere Zukunft Atomwaffenfrei!***
http://www.friedenskultur2010.de/index.php/kongress/programm

KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!

Aktions- und Menschenkette Samstag 24. April 2010
Brunsbüttel - Hamburg - Krümmel

Der Konflikt um den Atomausstieg spitzt sich zu: In Kürze wird darüber entschieden, ob die Pannenreaktoren Krümmel und Brunsbüttel vor der Haustür Hamburgs wieder ans Netz gehen – oder für immer abgeschaltet bleiben. Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Anfang Mai gehen die Verhandlungen zwischen Regierung und Atomkonzernen über längere Laufzeiten für Atomreaktoren in die heiße Phase.
Wir stehen am energiepolitischen Scheideweg: Wird weiter auf Dinosauriertechnologien gesetzt – oder konsequent auf Erneuerbare Energien umgestiegen.
Es ist an der Zeit, ein spektakuläres Signal an Bundesregierung und Stromkonzerne zu richten: Auf Atomkraft setzen? Nicht mit uns! Mit Zigtausenden Menschen werden wir am 24. April 2010 eine große Aktions- und Menschenkette zwischen den Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel bilden – zwei Tage vor dem Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (26. April 1986).
Wir wollen raus aus einer Technologie, die ein verheerendes Unfallrisiko birgt, den Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert und Tausenden Generationen tödlichen Atommüll aufbürdet. Die Skandale um die Endlagerstandorte Asse und Gorleben zeigen: Das Problem des Jahrmillionen strahlenden Mülls ist völlig ungelöst.
Manche von uns fordern die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, denn jeder Tag Weiterbetrieb kann einer zu viel sein. Andere wollen, dass zumindest die Laufzeiten nicht verlängert werden. Die Pannen-Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel dürfen auf keinen Fall wieder ans Netz, sie müssen sofort und endgültig stillgelegt werden.

Die Alternativen sind längst da, sie müssen nur durchgesetzt werden. Die Zukunft ist erneuerbar – im Dreiklang von Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Energieeffizienz.
http://www.anti-atom-kette.de

http://www.ausgestrahlt.de/?id=251
http://www.bund.net/?id=4566

Weitere Aktionen:

21. März: Demonstration am AKW Neckarwestheim
10. bis 18. April: bundesweite Stromwechselwoche
24. April: Demonstration am Zwischenlager in Ahaus und Umzingelung des AKW Biblis.
http://www.bund.net/?id=4561, http://www.anti-atom-umzingelung.de/